KOMMUNISTISCHE HOCHSCHULZEITUNG

Nr. 4/73

MLS-WIEN



DIE ZIONISTISCHEN VERBRECHEN...

...WERDEN DEN WIDERSTAND NICHT BRECHEN

INHALT

JAHRESABONNEMENT DER KOMMUNISTISCHEN HOCHSCHULZEITUNG (mindestens 8 Nummern) Preis: S 40,- Bestellungen sind zu richten an: MARXISTISCH-LENINISTISCHE STUDENTENORGANISATION, 1070 WIEN WESTBAHNSTRASSE 7/8 Tel. 93-31-79 (Mo.-Fr. v. 14-18h)

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Vervielfältiger u.Verleger: Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation; für den Inhalt verantwortlich: Margarita Schneider,alle 1070 Wien, Westbahnstraße 7/8

ES LEBE DER 1.MAI - Der Kampftag der Arbeiterklasse

1. MAI 1973 IN WIEN

Über 500 Menschen folgten dem Aufruf des KB Wien und demonstrierten am 1. Mai unter roten Fahnen und unter den Parolen des Klassenkampfes. Es war seit langem das erste Mal, daß Klassenbewußte Arbeiter und Menschen aus anderen Volksschichten, die sich dem Kampf der Arbeiterklasse angeschlossen haben, ihre Kampfbereitschaft gegen die Bourgeoisie und gegen ihre Agenten in der Arbeiterklasse, gegen die Sozialdemokraten und die Revisionisten der "K"PÖ, in einer kämpferischen Demonstration zum Ausdruck brachten.

Seit mehr als 80 Jahren gehen die klassenbewußten Arbeiter in allen Ländern am 1.Mai auf die Straße, um ihren Kampfwillen gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zu zeigen. Am 1.Mai stellen sie den Angriffen der Bourgeoisie und der Politik der "Sozialpartnerschaft" und Klassenzusammenarbeit ihre eigene Politik, die Politik des Proletariats gegenüber: den Klassenkampf. Am 1.Mai marschieren sie gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Reaktion, gegen das kapitalistische System und für den Sozialismus.



GEGEN DIE POLITIK DER SOZIALPART- NERSCHAFT – KLASSENKAMPF

Die österreichische Arbeiterklasse sieht sich heute zunehmenden Angriffen durch die Kapitalisten auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen ausgesetzt. 1972 und 73 sind Jahre des Reallohnabbaus durch die gigantische Teuerung. Akkordhetze und Antreiberei steigen ständig. Mit Hilfe des Stillhalteabkommens werden die Löhne niedriggehalten. Gegen diese Angriffe der Kapitalisten richtet sich heute in den Betrieben der Kampf, dagegen hat die österreichische Arbeiterklasse zu kämpfen begonnen. Der Kampf hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn die Arbeiter sich im Betrieb und in der Gewerkschaft zusammenschließen, wenn sie die Kämpfe mit der Perspektive der Klasseneinheit führen. Der Kampf um die Einheit der Arbeiter klasse - das ist auch der Kampf um die Gewerkschaft, die Massenorganisation der österreichischen Arbeiter, der Kampf um die Eroberung der Gewerkschaft für die Sache der Arbeiterklasse und den Sozialismus, der Kampf zur Isolierung und Kaltstellung der Klassenversöhnler, dieser bürgerlichen Agenten in der Gewerkschaft. Das ist der Kampf um die revolutionäre Perspektive, gegen den Einfluß der Sozialdemokraten und der Revisionisten von der "K"PÖ, gegen die Fesselung der Arbeiter an die bürgerliche Ideologie und Gesellschaft. Das ist der Kampf nicht nur gegen die Wirkungen des Kapitalismus, sondern auch gegen das Lohnsystem selbst, der Kampf um den Sozialismus.

Das sind die Perspektiven des Klassenkampfes des österreichischen Proletariats. Das waren die Losungen, unter denen wir am ersten Mai auf die Straße gingen.

Heute hat die österreichische Arbeiterklasse keine eigene politische Organisation, keine proletarische Partei. Und auch ihre Massenorganisation, die Gewerkschaft, steht heute unter Kontrolle der Bourgeoisie. Eine kommunistische Partei aufbauen und den Kampf für die revolutionäre gewerkschaftliche Einheit der Arbeiterklasse zu führen - darum geht es in dieser Situation.

Diese Lage der Arbeiterklasse kam auch am 1.Mai zum Ausdruck: das Fehlen einer revolutionären gewerkschaftlichen Maidemonstration, statt dessen zwei bürgerliche Aufmärsche der SPÖ und der "K"PÖ. Ein Zeichen der Kettung größter Teile der Arbeiterschaft an die Bourgeoisie, zugleich ein Zeichen für die Spaltung der Arbeiterklasse durch ihre Abhängigkeit von verschiedenen Spielarten bürgerlicher Politik. Der bürgerlichen Politik gleich welcher Schattierung die Politik des Klassenkampfes gegenüberstellen - darum ging es am 1.Mai. Gegen die Propagandaumzüge von SPÖ und "K"PÖ, gegen die Selbstbeweihräucherung des Klassenversöhnlertums - eine klassenkämpferische Demonstration der klassenbewußten Arbeiter und der Kommunisten!

1. MAI: KEINE AKTIONSEINHEIT MIT REVISIONISTEN UND TROTZKISTEN

Der KB hat alle klassenbewußten Arbeiter aufgerufen, nicht im Zug der SPÖ oder der "K"PÖ gegen die eigenen Klasseninteressen zu demonstrieren, sondern unter den Parolen des Klassenkampfes zu marschieren. MLS und RSB haben alle fortschrittlichen Schüler und Studenten aufgerufen, sich der vom KB organisierten Demonstration anzuschließen.

Der KB ist nicht zufällig (im Unterschied zu internationalistischen Demonstrationen) nicht an die Trotzkisten (GRM), die FCJ, dieses Anhängsel der Sozialdemokratie und andere politische Wirrköpfe (VSM u.a.) herangetreten, um die Bildung einer Aktionseinheit für den 1.Mai vorzuschlagen. Sie alle - Trotzkisten und Revisionisten - sind kleinbürgerliche Strömungen, ebenfalls Träger bürgerlichen Einflusses auf die Arbeiterklasse und die revolutionäre Bewegung insgesamt. Sie entwaffnen die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Kräfte, lenken ihre Kämpfe und Bewegungen in

Sackgassen, desorientieren sie. Mit diesen Organisationen für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse zu demonstrieren ist ein Ding der Unmöglichkeit. Gerade darum ging es aber am 1.Mai: Nicht um eine punktuelle Aktionseinheit in einer Frage (z.B. gegen die griechische Junta wie am 20.4., gegen den zionistischen Terror wie am 12.4. usw.), wo Aktionseinheiten mit allen Kräften und Organisationen möglich sind, die in diesem einen Teilkampf eine korrekte Position beziehen. Es ging darum, der bürgerlichen Politik die proletarische Politik gegenüberzustellen. Es ging um die Unabhängigkeit und den Gegensatz der proletarischen Ideologie und Politik gegen alle Spielarten bürgerlichen Einflusses.

Es ging nicht um eine einzelne Frage, wo Übereinstimmungselbst mit Trotzkisten und Revisionisten möglich ist. Es ging um die ganze Politik. Es ging darum, eine revolutionäre gewerkschaftliche Politik zum Ausdruck zu bringen, die der bürgerlichen Politik der Klassenversöhnler aller Art diametral entgegengesetzt ist, die vollständig mit der Kettung der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes an die Sozialdemokratie bricht.

Die Maipropaganda der GRM-Trotzkisten hingegen war vor allem durch eine opportunistische Haltung zur Sozialdemokratie und zur Gewerkschaft gekennzeichnet. Die SPÖ ist für sie keine"Unternehmerpartei", keine Partei des Monopolkapitals, sondern eine bürgerliche Arbeiterpartei, wie die Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit oder die "K"PÖ heute. Der Kampf gegen die Führung der Sozialdemokratieist nicht der Kampf gegen eine politische Agentur und einen Teil, eine politische Abteilung der Bourgeoisie, sondern gegen einen Feind in den eigenen Reihen, innerhalb der Arbeiterbewegung. So schaut auch die Gewerkschaftstaktik der Trotzkisten aus, die das Kernstück des Auftretens am 1.Mai bildet. Das Verschmelzen der ÖGB-Führung mit dem bürgerlichen Staat und mit dem Finanzkapital wird bagatellisiert oder überhaupt geleugnet. "Kollege Benya" gehört nicht zur Bourgeoisie, er ist kein Klassenfeind, sondern ein Oppor-

(Fortsetzung Seite 51)



VORWÄRTS BEIM AUFBAU DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERKLASSE!

Das nächste strategische Ziel der Arbeiterklasse, der revolutionären Bewegung, der Kommunisten in unserem Land ist der Sturz der Kapitalistenherrschaft, die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse und die Errichtung der proletarischen Diktatur. Die Machtergreifung der Arbeiterklasse ist die Vorbedingung für den Aufbau des Sozialismus.

Die Arbeiterklasse ist die einzige revolutionäre Klasse in der bürgerlichen Gesellschaft. Alle anderen Klassen und Schichten vertreten - auch wenn sie durch den immer reaktionäreren volks[illegible] Charakter des [illegible]perialismus in Widerspruch [illegible] Herrschaft der Bo[illegible] zugleich auch gegenüber der Arbeiterklasse Sonderinteressen, stehen dem Kapital im Produktionsprozeß nicht polar gegenüber, können von sich aus keine revolutionäre Perspektive entwickeln, es kann ihnen daher keine führende Rolle bei der Umwälzung der bestehenden Gesellschaft zukommen und sie können auch nicht Träger der neuen, sozialistischen Produktionsweise sein. Soweit es in diesen Klassen und Schichten Auflehnung und Widerstand gegen die imperialistische Bourgeoisie und ihr Regime gibt - eine fortschrittliche Perspektive haben sie nur, wenn sie sich dem Kampf der Arbeiterklasse anschließen, im Bündnis mit der Arbeiterklasse und unter deren Führung.

Die Interessen der Arbeiterklasse hingegen stehen zu den Interessen der Bourgeoisie in unversöhnlichem Gegensatz. In der kapitalistischen Gesellschaft produziert die Arbeiterklasse allen materiellen Reichtum, aber sie produziert ihn nicht für sich selbst, sondern für die Kapitalistenklasse. Alles, was die Arbeiterklasse produziert, wird von der Kapitalistenklasse angeeignet. Nur einen Teil ihres Produkts, der zu ihrer Selbsterhaltung notwendig ist, bekommt die Arbeiterklasse in Form des Lohns zurückerstattet. Die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse besteht gerade darin, daß sie regelmäßig mehr produziert

mehr produzieren muß als zu ihrer Lebenserhaltung notwendig ist, und daß dieser ganze Mehrwert ausschließlich in der Verfügung der Kapitalistenklasse bleibt, die ihn als Mittel neuer Auspressung von Mehrwert und neuer Ausbeutung fremder Arbeit benutzt. Dieses Ausbeutungsverhältnis liegt der ganzen kapitalistischen Produktionsweise zugrunde. Seine Voraussetzung ist, daß die Arbeiterklasse ohne Produktionsmittel ist und sich die Rohstoffe, Maschinen und Fabriken ausschließlich in der Hand der Kapitalistenklasse befinden. So kann die Arbeiterklasse überhaupt nur produzieren, und sich am Leben erhalten, wenn sie für die Kapitalistenklasse produziert, kann sie nur arbeiten, wenn sie für die Kapitalistenklasse arbeitet. Ob der

Arbeiter aber Arbeit findet, das wiederum hängt einzig und allein davon ab, ob seine Arbeit dem Kapitalisten Profit bringt. Die Arbeiterklasse wird in der kapitalistischen Gesellschaft immer ausgebeutet werden und die Kapitalistenklasse wird immer versuchen diese Ausbeutung möglichst profitabel zu gestalten. Dabei gibt sich die Kapitalistenklasse aber mit dem jeweils erreichten Grad der Ausbeutung nicht zufrieden, sie versucht sie ständig zu verschärfen und muß dies auch tun. Die Arbeiterklasse kann sich daher nicht darauf beschränken nur die ständige Verschärfung der Ausbeutung zu bekämpfen. Sie muß das Ausbeutungsverhältnis selbst bekämpfen, der Kapitalistenklasse die Produktionsmittel entreißen und die Produktion selbst in die Hand nehmen. Die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse ist dazu die notwendige Voraussetzung. Erst dann wird die Arbeiterklasse die klassenlose Gesellschaft, eine Gesellschaft ohne Ausbeuter errichten können, in der alle arbeiten: nicht mehr für andere, sondern für den gemeinsamen Nutzen des arbeitenden Volkes.
Dieses Ziel steckt letzten Endes in allen Kämpfen der Arbeiterklasse und immer wieder setzte es die Arbeiterklasse oder Teile von ihr bewußt auf die Tagesordnung. Auch wenn die Arbeiterklasse vorübergehend in ihrem Kampf gegen die Ausbeuterordnung Niederlagen erleidet, das sozialistische Ziel geht doch nicht unter, weil die Arbeiterklasse in den tagtäglichen Kämpfen immer wieder den unversöhnlichen Gegensatz zur Kapitalistenklasse und die Notwendigkeit der Beseitigung der Ausbeuterordnung erkennt.

Die Kommunisten sind diejenigen Kräfte in der Arbeiterklasse, die immer wieder auf dieses Ziel hinweisen und ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß die Arbeiterklasse dieses Ziel auch wirklich erreicht. Damit die Arbeiterklasse organisiert den Kampf um den Sozialismus führen kann, dazu müssen sich die Kommunisten als Partei organisieren. Die kommunistische Partei ist nichts anderes als die Vorhut der Arbeiterklasse, ihr fortgeschrittenster Teil, der durch alle Tageskämpfe hindurch, durch Siege und Niederlagen, durch das Auf und Ab der Bewegung unbeirrbar am Ziel der Arbeiterklasse festhält: Sturz des Kapitalismus, Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Ohne daß sich die Arbeiterklasse parteimäßig organisiert, d.h. ohne daß sich die konsequentesten und klassenbewußtesten Teile des Proletariats in der kommunistischen Partei zusammenschließen und die breitesten Massen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes sich um und hinter dieser Partei sammeln, kann die Arbeiterklasse die politische Macht nicht erobern, kann sie die Revolution nicht siegreich durchführen. Ohne sich als Partei zu organisieren, wird die Arbeiterklasse auch bei noch so großer Militanz immer wieder Spielball bürgerlicher Kräfte bleiben. Um sich wirklich dem Kapitalismus, der ganzen bürgerlichen Gesellschaft überall siegreich entgegenstellen zu können, genügen nicht Auflehnung und Rebellion. Was nottut ist die wissenschaftliche Analyse aller Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, die Einsicht in die Bewegungen aller Klassen und Schichten und in die ihnen zugrundeliegenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Was nottut ist der wissenschaftliche Sozialismus und seine Verbindung mit der Arbeiterbewegung. Im Zeitalter des Imperialismus ist der Marxismus-Leninismus die Wissenschaft der Arbeiterklasse Ohne ML ist die Ausarbeitung einer fundierten Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes undenkbar. Ohne ML kann die Arbeiterklasse keine selbständige Klassenpolitik entwickeln, kann sie sich nicht im Kampfe allen Spielarten der bürgerlichen Ideologie (ob konservativer, sozialdemokratischer, revisionistischer oder sonstiger Art) entgegenstellen. Die Verbindung des ML mit der Arbeiterbewegung wird nur in der kommunistischen Partei verwirklicht. Die Partei verkörpert die höchste Stufe des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse, die Einsicht in die Bedingungen und den Gang des Klassenkampfes so-

wie klare Vorstellungen über seine Ziele. Die Partei ist zugleich die höchste Form der Klassenvereinigung der Arbeiterklasse. Die Einheit der Arbeiterklasse ist Voraussetzung für die Eroberung der politischen Macht. Die Einheit der Klasse ist aber nicht auf bürgerlicher Grundlage möglich. Solange die Arbeiterklasse der bürgerlichen Ideologie erliegt, bedeutet das vielmehr Kettung an die Bourgeoisie und Spaltung und Zersplitterung der Arbeiter untereinander. Die Einheit der Arbeiterklasse ist nur möglich auf revolutionärer Grundlage, auf der Grundlage des Kampfes um den Sozialismus. Alles, was die Arbeiterklasse oder Teile von ihr von der Revolution abhält, also sich der historischen Aufgabe des Proletariats, zu der es notwendig durch die kapitalistischen Widersprüche selbst gezwungen wird, entgegenstellt, ist objektiv spalterisch. Die revolutionäre politische Einheit der Arbeiterklasse entwickelt sich nicht "von selbst". "Von selbst" entwickeln sich immer nur neue Spaltungen. Die klassenbewußte Vorhut des Proletariats muß sich zusammenschließen, um die politische Einheit der Arbeiterklasse bewußt herzustellen, bewußt den Kampf um sie zu führen.

Daß die Arbeiterklasse sich als Partei organisiert, ist die unumgänglich Voraussetzung für die politische Machtergreifung. Ohne Partei keine Revolution ! Es ist kein Wunder, daß Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, verschiedenste bürgerliche Ideologen, wenn sie es schon nicht wagen, offen gegen die Diktatur des Proletariats aufzutreten, den Hauptstoß gegen die "leninistische Kaderpartei" richten. Ihr Geschäft ist es, das Proletariat daran zu hindern, sich als Partei zu organisieren und sich damit erst wirklich als Klasse zu formieren, ihm seine gefährlichste Waffe aus der Hand zu schlagen.

Es wäre eine lächerliche Utopie, unter der Bedingung der Herrschaft des Kapitalismus über alle gesellschaftlichen Bereiche zu erwarten, daß alle Arbeiter den gleichen Grad an Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die Ziele des Klassenkampfes erlangen. Das würde in der Tat die Partei als eine besondere Abteilung der ganzen Klasse überflüssig machen. In Wahrheit ist die Partei gerade deshalb die höchste Form der Klassenvereinigung des Proletariats, weil sich in ihr die bewußtesten Elemente der Klasse, die Kommunisten, zusammenschließen. Aber dieser Zusammenschluß und vor allem die Gründung einer solchen Partei ist nicht ein Gewaltakt einiger Kommunisten, sondern sie steht in dialektischem Zusammenhang mit dem Parteibildungsprozeß der Klasse selbst. Eine kommunistische Partei, die ihren Namen wirklich verdient, muß tatsächlich die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse umfassen und ein festes Programm sowie eine ausgearbeitete Taktik besitzen.

Eine solche Partei existiert in Österreich nicht. Trotz einer 100jährigen Geschichte der Arbeiterbewegung ist es der Bourgeoisie in Österreich gelungen, vermittels ihrer Agenten in der Arbeiterklasse, den Sozialdemokraten und den modernen Revisionisten, dem österreichischen Proletariat diese seine schärfste Waffe aus der Hand zu schlagen. Es gibt in Österreich keine Partei, in der die klassenbewußten kommunistischen Arbeiter zusammengeschlossen sind. Die österreichische Arbeiterklasse ist heute ohne organisierte Vorhut, ohne eigene politische Klassenorganisation.

Die Hauptaufgabe der Kommunisten ist in dieser Situation der Aufbau einer neuen kommunistischen Partei. Es geht nicht darum, eine neue Partei zu "gründen". Es geht darum, daß eine neue kommunistische Partei, die allen heute existierenden Parteien zutiefst entgegengesetzten Charakter hat, schrittweise im Klassenkampf selbst aufgebaut wird.

Auf die Tagesordnung trat diese Aufgabe mit der vollständigen revisionistischen Entartung der "K"PÖ. Die "K"PÖ ist nicht mehr die Vorhut der Arbeiterklasse sondern eine bürgerliche Arbeiterpartei, die in die Fuß-

stapfen der Sozialdemokratie getreten ist. Sie drückt nicht die höchste Stufe des Klassenbewußtseins des Proletariats aus, sondern ist eine Spielart der Kettung der Arbeiter an die bürgerliche Ideologie, an die Bourgeoisie. Sie führt die Arbeiterklasse nicht in den Kampf um den Sozialismus, sondern in den "Kampf" um mehr Sitze und Posten der "K"PÖ selbst im bürgerlichen Staat und seinen Institutionen. Sie hat den Sozialismus verraten, sie ist ein Feind der Arbeiterklasse. Wenn auch der Revisionismus in der "K"PÖ sich schon 1945 zeigte, voll zum Durchbruch kam er erst im Zusammenhang mit der revisionistischen Entartung der SU nach der Machtergreifung der Revisionisten unter Chruschtschow beim und nach dem XX. Parteitag der KPDSU. 1958 wurde der Revisionismus in dem Dokument "Leitsätze über den Weg Österreichs zum Sozialismus" kodifiziert. Der Widerstand der Marxisten-Leninisten gegen den revisionistischen Kurs de Parteiführung wuchs im selben Maß, in dem der Revisionismus umfassend und konsequent durchgesetzt wurde. Den Höhepunkt erreichte dieser Kampf im Zusammenhang mit der Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung, mit der Polemik um die Generallinie der Kommunisten v.a. zwischen der revisionistischen Führung der KPdSU und der KPCh. Damals, 1963, lösten sich auch in Österreich Teile der kommunistischen Opposition gegen den modernen Revisionismus aus der KPÖ und sammelten sich um die Zeitschrift "Rote Fahne". Aber aus objektiven und subjektiven Gründen waren die Marxisten-Leninisten, die die "K"PÖ verließen, nicht in der Lage, relevante Teile der Kommunisten aus der "K"PÖ um sich zu sammeln und eine neue kommunistische Bewegung aufzubauen. Die ml Opposition in der "K"PÖ konnte den Bruch mit dem modernen Revisionismus nicht konsequent vollziehen, resignierte, sah in der neuen Organisation keine Perspektive, versumpfte. Und auch die neuen kommunistischen Gruppen (1966: MLÖ, dann Abspaltung der VRA einerseits, Deklaration der Rest-MLÖ zur MLPÖ andererseits) vermochte nicht, eine proletarische Klassenpolitik zu entwickeln und sich in der Arbeiterklasse zu verankern.

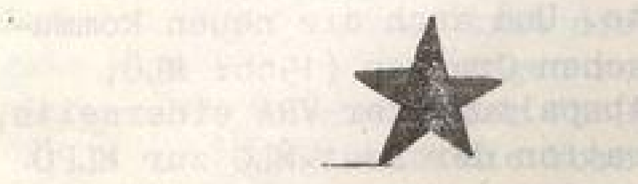
Erst gegen Ende der 60er Jahre wurden der kommunistischen Bewegung neue Kräfte zugeführt. Sie kamen nicht aus der Arbeiterbewegung, sondern aus demokratischen Bewegungen der Jugend und Studenten. Teile dieser Bewegung arbeiteten sich zu einem kommunistischen Standpunkt vor, stellten sich konsequent auf den Standpunkt der Arbeiterklasse. Das war ein neuer Impuls für die kommunistische Bewegung. Der organisatorische Ausdruck dieser Entwicklung war in Wien die Gründung der MLS Ende 1970 und ihre weitere Entwicklung. Im Zug der politisch-ideologischen Entwicklung der in der MLS organisierten kommunistischen Studenten und Intellektuellen und der organisatorischen Stärkung der Organisation erkannten diese immer deutlicher die Notwendigkeit und hatten immer besser die Möglichkeit, mit der Orientierung auf die Arbeiterklasse und ihre führende Rolle ernst zu machen. Die Kommunisten, wenn auch ein beträchtlicher Teil (und noch dazu der politisch aktivste) nicht aus der Arbeiterklasse selbst kam, konnte nicht illusorisch auf die "spontane" Herausbildung einer kommunistischen Arbeitervorhut warten und bis dahin sich auf die Arbeit unter Studenten beschränken, sondern mußten in diesen Prozeß eingreifen. Im März 1972 begannen Genossen der MLS mit der kontinuierlichen Agitation und Propaganda an der Wiener Arbeiterschaft.

Aber trotz aller Bedeutung dieses Schrittes, trotz seiner "Unvermeidlichkeit" als erster Schritt, trotz der erreichten Fortschritte blieb die politische Arbeit im Proletariat eine halbe Sache. Weder konnten im Rahmen einer Studentenorganisation, die die MLS trotz aller Ausrichtung auf die Arbeiterklasse blieb, die inhaltlichen politischen Perspektiven, eine klare Taktik im Klassenkampf entwickelt werden, noch konnten wir den klassenbewußten Arbeitern eine organisatorische Perspektive weisen und uns in der Ar-

beiterklasse verankern. Die Orientierung nicht mehr auf die "Betriebsarbeit" durch eine letzten Endes doch Studentenorganisation, sondern auf die Schaffung einer selbständigen proletarischen Organisation wurde unumgänglich. So kam es im Dezember 1972 zur Gründung des Kommunistischen Bundes Wien (KB). Die "Teilung der MLS" Anfang Dezember war ein notwendiger organisatorischer Schritt, um den Weg freizumachen zum Aufbau einer wirklichen kommunistischen Arbeiterbewegung in Österreich. Ehemalige Mitglieder der MLS schlossen sich mit Arbeitergenossen zusammen, um zielstrebig an den Aufbau einer kommunistischen Organisation, einer proletarischen Organisation zu gehen. Die "Teilung der MLS", die dafür die erste organisatorische Maßnahme war, diente dazu, um organisatorisch den Bruch mit der Studentenbewegung, auch mit der kommunistischen, zu vollziehen. Ohne das wäre die Betriebsarbeit nie zu mehr als zu einer Verlängerung der Studenten- in die Arbeiterbewegung hinein geworden. Die MLS hätte halt weiterhin (wie es ja auch schon das ganze Jahr 1972 der Fall gewesen war) ihre Arbeit in die Arbeiterklasse hinein erstreckt, aber der Schwerpunkt der politischen Arbeit wären doch die Studenten geblieben. Von der Ausarbeitung einer wirklichen proletarischen Klassenpolitik hätte keine Rede sein können, obwohl die MLS sich abstrakt auf den Standpunkt des Proletariats gestellt. Eine wirkliche Massenarbeit hätte nicht entfaltet werden können. Die Verankerung in der Arbeiterklasse wäre ein Ding der Unmöglichkeit geblieben. Eine Studentenorganisation kann sich zwar einen"neutralen Namen"geben, in dem das Wort Studenten nicht vorkommt, aber sie entwickelt sich nicht bruchlos zur proletarischen Organisation. Wer die "Teilung" der MLS und die Gründung des KB ablehnt, lehnt in Wirklichkeit die Entwicklung einer proletarischen Klassenpolitik ab und die Verankerung dieser Politik in der Arbeiterklasse. Er will in Wirklichkeit die soziale Dominanz von Studenten in der revolutionären Bewegung verewigen.

Die Gründung des KB Wien war ein wichtiger Schritt vorwärts für die kommunistische Bewegung in Österreich. Seine Hauptaufgabe ist nach wie vor die Aufgabe, die durch den Verrat der modernen Revisionisten und ihren Sieg in der "K"PÖ auch in Österreich auf die Tagesordnung gesetzt wurde: eine neue kommunistische Partei aufzubauen. Das geht nicht von heute auf morgen. Als ersten Schritt orientierte sich der KB darauf,zu einer starken, fest verankerten proletarischen Organisation zu werden, die zunächst auf lokaler Ebene die Verbindung von Marxismus-Leninismus und Arbeiterbewegung vorantreibt. Der Aufbau eines solchen kommunistischen Zirkels ist der erste und heute notwendige Schritt beim Parteiaufbau.Er läßt sich nicht durch die sofortige"Gründung" einer neuen Partei überspringen.

Denn das "Erbe", das die revisionistische Versumpfung der "K"PÖ den Kommunisten aufhalst, ist nicht nur das Fehlen der Verankerung in der Arbeiterklasse, sondern auch das Fehlen eines klaren Programms, das Fehlen einer ausgearbeiteten Taktik, das Fehlen eines Aktionsprogramms der Arbeiterklasse. Die Kommunisten können sich heute auf die Erfahrungen der Arbeiterbewegung in Österreich stützen, sie können aus den Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung lernen, aber sie müssen dennoch wieder "von vorn anfangen". Deshalb ist das Zirkelwesen als Durchgangsstadium notwendig. Deshalb müssen die Kommunisten in Wien, in den anderen Städten (Linz, Graz, Salzburg, Innsbruck), wo es eine organisierte kommunistische Bewegung gibt und schließlich überall, wo Teile des Proletariats konzentriert sind, kommunistische Zirkel aufbauen. Sie sind dabei bereits mehr oder weniger weit vorangekommen.



ERKLÄRUNG ZUM ANGEBOT DER GRM

Aufgrund der ursprünglich für Ende Mai erwarteten Hochschülerschaftswahlen kamen die kommunistischen Hochschulorganisationen MLS-Wien, MLS-Linz, MSB-Salzburg, KG-Innsbruck und MSO-Graz überein, eine Wahlplattform der Marxisten-Leninisten als Grundlage für eine gemeinsame Kandidatur auf nationaler Ebene (Zentralausschuß der ÖH) auszuarbeiten, die zugleich als Richtlinie zur Führung des Wahlkampfes in den einzelnen Städten dienen soll. Mittlerweile ist die Arbeit weit fortgeschritten, ein Ausdruck dafür, daß die oben angeführten Organisationen, relativ unabhängig voneinander, zu denselben politisch-ideologischen Grundlagen, denselben Auffassungen über die derzeitigen Hauptaufgaben der Kommunisten, zu denselben Auffassungen über die Bündnispolitik an den Hochschulen gekommen sind. Auch in der Einschätzung der kapitalistischen Hochschulreform, der Rolle der SP-Regierung, in den Fragen des antiimperialistischen Kampfes etc. gibt es Einigkeit. Die gemeinsame Kandidatur ist also der Ausdruck eines beginnenden Vereinheitlichungsprozesses und beruht auf den gleichen politischen Prinzipien. Sie drückt aus, daß der Kampf für das Bündnis der Arbeiterklasse mit der studierenden Jugend in stärkerem Maße als bisher gemeinsam geführt werden soll und kann.

Während unserer Arbeit an dieser Wahlplattform trat die "Gruppe Revolutionäre Marxisten", eine trotzkistische Gruppe in Wien, brieflich an die MLS-Wien heran, und schlug ihnen "die Bildung einer gemeinsamen Liste der Revolutionäre" für die ÖH-Wahlen vor. Zugleich damit trug sie diesen Vorschlag mit einem Flugblatt unter die Wiener Studenten. Auch wenn die ÖH-Wahlen erst im WS 1973/74 stattfinden werden, geben wir schon jetzt die Stellungnahme unserer Organisation zu diesem Vorschlag bekannt, um die Fronten zu klären und klarzumachen, was wir von diesem Angebot halten.

Diese Stellungnahme wird von den befreundeten marxistisch-leninistischen Hochschulorganisationen in Linz, Salzburg, Innsbruck und Graz im wesentlichen gebilligt. Diese Organisationen werden, soweit es für sie notwendig erscheint, in ihren eigenen Hochschulzeitungen ebenfalls eine Stellungnahme abgeben, um den Studenten auch in jenen Städten klarzumachen, daß es mit Organisationen, die zu allen wesentlichen Fragen falsche Einschätzungen haben, einzelne Aktionseinheiten, aber keine gemeinsame Kandidatur bei den ÖH-Wahlen geben kann.

Die Wahlplattform der Marxisten-Leninisten

Der Inhalt einer Wahlplattform der Marxisten-Leninisten kann in der jetzigen Situation des Kampfes gegen die kapitalistische Hochschulreform, und gegen die Ausbildung im Dienste des Kapitals noch kein konkretes und umfassendes Aktionsprogramm für den Hochschulbereich darstellen. Dies deshalb, weil die demokratische Bewegung an der Hochschule noch unentwickelt ist und kaum Forderungen in ihr verankert sind, die inhalt-

lich das Bündnis von Arbeiterklasse und studierender Jugend bereits konkret ausdrücken.
Wir stehen somit heute vor einer Situation, in der es darum geht, den demokratischen Kampf an den Hochschulen als Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Hochschulreform und die kapitalistische Ausbildung und die richtige Linie für diesen Kampf erst zu entwickeln, sowie die Masse der Studenten für diese zu gewinnen. Eine in einer solchen Situation erstellte Wahlplattform kann sich deshalb auch nicht damit begnügen, Einschätzungen zu einzelnen Fragen zu liefern, zur ÖH, zum UOG, unsere hochschulpolitische Linie darzulegen, und daraus abgeleitet, bestimmte Aktionslosungen und Forderungen, soweit sie derzeit aufgestellt werden können, für den praktischen Kampf vorzuschlagen.

Die für den Hochschulbereich aufgestellten Forderungen und Aktionslosungen,sowie die gesamte politische Linie des demokratischen Kampfes an der Hochschule lassen sich nicht aus der Situation an der Universität entwickeln. Sie müssen vom Standpunkt der Arbeiterklasse und der richtigen Einschätzung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse im Imperialismus her formuliert und von den Kommunisten richtig mit den Kämpfen der Studenten vermittelt werden.Nur durch die richtige Analyse und die richtige Vermittlung kann die Beschränktheit studentischer Kämpfe aufgebrochen und die Notwendigkeit des Bündnisses mit der Arbeiter klasse einsichtig gemacht werden.Erst wenn das gelungen ist,erhalten diese Kämpfe eine Perspektive,können sie sich als Teil des Kampfes um den Sozialismus begreifen und fortschrittlichen Charakter annehmen.

Eine solche Wahlplattform kann und darf daher kein zufälliger oder prinzipienloser Zusammenschluß aus wahltaktischen Gründen sein,auch keine vorübergehende Aktionsenheit für ganz bestimmte,konkrete Teilziele.Es kann also nicht darum gehen,mit möglichst vielen Gruppen ein undifferenziertes,vorübergehendes Bündnis einzugehen,denn bei diesen ÖH-Wahlen handelt es sich nicht um eine vereinzelte Aktion,um einen vernichtenden Schlag gegen die bürgerlichen "Studentenparteien" und das Ministerium,sondern es kann nur darum gehen,erst die Voraussetzungen zu schaffen,um auf der Basis ideologischer Klarheit undeiner richtigen politischen Linie den Wahlkampf und Positionen in der ÖH für die Entfaltung der demokratischen Bewegung auszunützen.

Eine gemeinsame Wahlplattform mit verschiedenen Gruppen kann es daher nur auf der Basis der Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die Aufgaben im Bündnisbereich geben,auf der Basis einer gemeinsamen Einschätzung der Hauptaufgaben der Kommunisten in Österreich.Eine gemeinsame Wahlplattform mit der GRM wäre in dieser Situation daher nur möglich,wenn unsere Organisationen zu allen diesbezüglich wesentlichen Fragen die gleichen Einschätzungen wie die GRM hätten.Obwohl sich die GRM zu den meisten dieser Fragen nicht geäußert hat,zeigt ihr Brief bzw. ihr Flugblatt, daß sie nicht nur die Bedeutung der ÖH-Wahlen völlig falsch sieht,sondern in Wirklichkeit auch zu vielen anderen bedeutenden Fragen falsche und schädliche Positionen einnimmt.Positionen.die eine gemeinsame Kandidatur ausschließen,weil sie nichts zur Entfaltung der demokratischen Bewegung beitragen können, im Gegenteil ihr Schaden zufügen.

So ziemlich alle Positionen,die wir in der Wahlplattform niederzulegen gedenken,stehen im Gegensatz zu den Auffassungen er GRM,wie sie zum Beispiel im Flugblatt eingenommen werden. Das wird mit der Veröffentlichung der Wahlplattform ganz klar werden,soll jedoch schon jetzt kurz umrissen werden.
Die ÖH und die Bedeutung der Wahlen:
Aus der Notwendigkeit die studierende Jugend für das Bündnis mit der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung zu gewinnen,ergibt sich unsere Ausrichtung im Wahlkampf:Aufgabe der Kommunisten ist es, die Masse der Studenten gegen eine Ausbildung, gegen eine Hochschulreform im Dienste des Kapitals zu führen und die einzige Perspektive dieses Kampfes überhaupt, das Bündnis mit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu propagieren.Erst in diesen globalen Zusammenhang gestellt,gewinnt die Kandidatur für die ÖH-Wahlen Bedeutung.
Der demokratische Kampf an den österreichische Hochschulen ist noch äußerst schwach und unentwickelt.Die Positionen

der Bourgeoisie konnten noch nicht ernstlich angegriffen werden.Die ÖH erfüllt zur Zeit noch voll die Funktionen,die ihr von der Bourgeoisie zugedacht sind:sie ist eine parlamentarische Spielwiese,um die Studenten an die bürgerliche Demokratie zu fesseln,eine Institution zur Verfestigung der ständischen Dünkel der Studenten,ein Instrument zur Funktionalisierung der Studenten für die Bestrebungen des Kapitals, den Betrieb an den Hochschulen möglichst reibungslos undeffektiv zu gestalten. Die Regierungsvorlage zum ÖH-Gesetz vom Februar 1973 schreitet weiter in dieser Richtung.

Der wesentliche Inhalt dieses Entwurfs ist es,die ÖH zu einer besseren "Standesvertretung" der Studenten zu machen.In den Erläuterungen zum Gesetzesentwurf wird auch direkt auf die Kammern hingewiesen.War früher nur die ÖH als ganzes eine Körperschaft öffentlichen Rechts,so sollen jetzt die einzelnen Hauptausschüsse(ÖH-Gremien für je eine Hochschule) denselben Status erhalten.Zu den Aufgaben der sozialen und kulturellen Förderung kommt jetzt die der "Interessensvertretung" gegenüber gesetzgebundenen,staatlichen,akademischen Behörden,vor der Öffetlichkeit und sogar vor Gericht,sowie die der Mitbestimmung (Mitwirkung in akademischen Behörden).

Um die kapitalistische Hochschulreform leichter durchführen zu können,muß sich die Regierung bemühen,ihren politischen Einfluß und ihre Attraktivität bei den Studenten zu verstärken(z.B. Erhöhung der Stipendiensätze,Gratisfahrschein vor 2 Jahren).Mit der Mitbestimmungsmasche,die schon vor einiger Zeit probeweise in den Studienkommissionen eingeführt worden ist und die im neuen UOG und ÖH-Gesetz endgültig fixiert werden soll,verfolgen die SP-Reformer im Rahmen der kapitalistischen Hochschulreform im wesentlichen 2 Ziele:Einerseits die Unruhe der Studenten über die mit der Reform einhergehenden Verschlechterungen der Studienbedingungen abzufangen,fortschrittliche Forderungen und aufkeimende demokratische Bewegungen zu kanalisieren,die "kritischen" Studenten bei der Durchführung der sie selbst betreffenden Verschärfungen "konstruktiv" mitbestimmen zu lassen,andererseits die Studenten gegen die Professoren auszuspielen,die "radikalen" Studenten als Trumpf gegen die reaktionäre Hochschulbürokratie und die CV-Klüngel unter den Professoren auszunützen,um so das UOG,das die Macht der Professoren beschneidet und den direkten Einfluß des Ministeriums auf die Hochschule verstärkt,in einer gegenüber der Öffentlichkeit günstigeren Situation durchsetzen zu können.Das neue ÖH-Gesetz dient gleichermaßen dieser Taktik: Der Ausbau der studentischen Standesvertretung schafft an den Hochschulen in den paritätisch besetzen Gremien den Widerspruch zwischen rein ständischen Interessen der Professoren und der Studenten..Dies stellt eine äußerst günstige Ausgangsposition für die SP-Reformversuche im Dienst des Kapitals dar,weil sie dem Ministerium die MÖglichkeit gibt,die Studenten und die Professoren immer wieder gegeneinander auszuspielen und die eigenen Pläne durchzusetzen.

Im Gegensatz zur BRD,deren ASTAen beschränkt der ÖH vergleichbar sind,ist es in Österreich noch nicht gelungen, diese Institution der Bourgeoisie gegen sie selbst zu instrumentalisieren oder sie zumindest zu neutralisieren.Die ÖH ist keine Organisation,die sich auf Grund des Zusammenschlusses fortschrittlicher Studenten auf gemeinsamer politischer Basis gebildet hat,und kann es natürlich auch nicht werden.Sie ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts,staatlich subventioniert,usw.Gerade das ist es auch,was sie für die Unterstützung und für die Entfaltung demokratischer Kämpfe interessant macht.Die Erringung von Positionen in der ÖH ist ein begrenztes Teilziel im Rahmen des demokratischen Kampfes.Die fortschrittlichen Forderungen der Studenten,die sich in ihrem Kampf herausbilden,gilt es in die ÖH-Organe zu tragen,um auch auf dieser Ebene den Kampf gegen die kapitalistische Hochschulreform zu führen,die ÖH-Organe zu Stellungnahmen zu zwingen, um den gerechten Forderungen mehr Gewicht zu geben.Wir werden die Möglichkeiten,die die ÖH bietet(ÖH-INFOs,technische Apparate ,finanzielle Mittel,etc) dazu einsetzen,um solche Kämpfe zu unterstützen.Gleichzeitig werden wir natürlich alle diese Mittel,so weit es geht,für die Propaganda über den Charakter des Imperialismus,die Lage der österreichischen Arbeiterklasse und die Kämpfe der unterdrückten Völker ausnützen.Darüberhinaus werden wir versuchen,die ÖH zu einem Instrument im demokratischen Kampf zu machen,indem wir die Rechte,die den ÖH-Organen zustehen, voll ausnützen.Eine Rolle kann dabei z.B

die Möglichkeit spielen,Veranstaltungen. Hörerversammlungen einzuberufen,Publikationen zu verbreiten etc. Dabei würden wir selbstverständlich sofort auf die Unterdrückungscersuche des Ministerims und des ganzen Staatsapparats stoßen. Denn dagegen hat man sich im Gesetz abgesichert:Sollten Beschlüsse gefaßt werden,die dem Ministerium gegen den Strich gehen,bleibt ihm die Suspendierung.Als "Körperschaft öffentlichen Rechts" ist die ÖH dem Aufsichtsrecht des Ministeriums und somit seiner Rechtsinterpretation unterstellt."Rechtswidrige" Beschlüsse von Organen der Öh können aufgehoben,vom Bundesminister untersagt werden.

Von dieser Einschätzung der ÖH her ist die erste GRM-Parole-Kampf gegen die ÖH-für die GRM offenbar überhaupt die zentrale Losung,weil an erster Stelle stehend,abzulehnen.Sie läuft eigentlich auf einen Wahlboykott hinaus und es gehört zu einem der vielen Geheimnisse der GRM,ihre Einschätzung der ÖH bruchlos zu vereinbaren mit einem Aufruf zur ÖH-Wahl.Statt einer Analyse Parolen,die alles und nichts aussagen,schwammig sind und dem Kampf in Wirklichkeit keine Richtung geben können,sondern nur Verwirrung stiften.

Es ist wesentlich für die Begründung unserer Teilnahme an den Wahlen,daß wir genau zu unterscheiden wissen zwischen der zugedachten und jetzt voll ausgeübten Funktion der ÖH und der Möglichkeit, durch die Eroberung von Positionen in der ÖH ihr die Ausübung dieser Funktionen zu verunmöglichen.bzw, sie sogar direkt für gegen diese Funktionen gerichtete Zielsetzungen der fortschrittlichen Studenten nutzbar zu machen.

Aus dem Brief und dem Flugblatt ist klar zu ersehen, daß die GRM einer solchen Wahl eine völlig falsche Bedeutung beimißt, ein Grund dafür, warum die GRM beschließen konnte, in einer solchen Situation des Kampfes an den Hochschulen, wie er oben mit den daraus folgenden politischen Konsequenzen dargestellt wurde, den marxistisch-leninistischen Hochschulorganisationen eine gemeinsame Kandidatur vorzuschlagen. Die GRM glaubt nämlich tatsächlich, durch eine "revolutionäre Liste den Plänen des Firnberg-Ministeriums einen schweren Schlag versetzen" zu können! Angeblich deshalb, weil dadurch "auch optisch eine relativ starke Ablehnung der Reform"erreicht werden könnte, wie es im Flugblatt heißt. Die GRM beweist dadurch nur, daß sie überhaupt nicht einsieht, daß nicht die ÖH-Wahlen oder die ÖH das Forum des Kampfes gegen die kapitalistische Hochschulreform sind, sondern nur der Kampf der Studenten an den Instituten und an der ganzen Hochschule der Hochschulreform einen Schlag zu versetzen kann, daß erst im Zusammenhang mit solchen Kämpfen die Erringung von Positionen in der ÖH ihren Sinn erhält.

Die GRM kann daher auch nicht begreifen, daß es nicht darum geht, sich auf einer gemeinsamen Liste auf einige nebulose Punkte zu einigen, sondern darum, den Kampf gegen eine Ausbildung im Dienste des Kapitals, den demokratischen Kampf zu entfalten und unter anderem mittels einer Wahlplattform die richtige Linie darin zu propagieren. Daher ist der Wahlkampf, obwohl in ihm vor allem die Stützen der Hochschulreform auf Hochschulboden - ÖSU, VSStÖ - angegriffen werden müssen, zugleich auch ein Kampf zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Linie zur Entfaltung dieses Kampfes, eine Auseinandersetzung zwischen den marxistisch-leninistischen und trotzkistischen, revisionistischen Auffassungen.

Die Haltung zur SPÖ

Die Differenzen zwischen uns und der GRM in diesem Zusammenhang gehen aber noch vile tiefer. Geradezu kindisch ist nämlich die GRM-Einschätzung der von der SPÖ forcierten kapitalistischen Hochschulreform. Die spezifische Form der Durchsetzung der Interessen des Kapitals durch seinen geschäftsführenden Ausschuß, die SP-REgierung, als "reformistischen Weg gegenüber dem harten Kurs der ÖVP/FPÖ" zu bezeichnen, zeugt von erstaunlicher politischer Naivität. Die SPÖ tut nichts anderes, als die ERfahrungen der Hochschulreformen, v.a. in der BRD, auszuwerten und in die Tat umzusetzen, um die Hochschule soweit als

möglich den neuen Anforderungen der Kapitalherrschaft anzupassen. So weit als möglich deshalb, weil sie aus politischen Gründen Abstriche gegenüber reaktionären Professoren machen muß, die von der ÖVP/FPÖ unterstützt werden, weil die Professoren sich vehement gegen die Hochschulreform stellen, in deren Verlauf sie wesentliche ihrer Privilegien zu verlieren drohen. Die Auftritte eines Ermacora im Parlament sind die Auftritte eines reaktionären Professors im Parlamentariergewand, der davor zurückschreckt, mehr an die Kandare des Ministeriums genommen zu werden.

Oder meint die GRM mit "reformistischem Weg" etwa, daß die SPÖ gegenüber der ÖVP/FPÖ zu mehr "Mitbestimmung" bereit ist? Sollte das der Fall sein, dann befindet sich die GRM vollends in der Sackgasse, dann sieht sie nicht die Funktion der "Mitbestimmung", sieht sie nicht, daß gerade diese Institutionalisierung der Mitarbeit der Studenten an der Hochschulreform das Mittel ist, um mit Hilfe der Studenten selbst diese v.a. gegen die Professoren über die Bühne zu bringen.

Ist diese falsche Einschätzung der Politik der SPÖ zufällig? Wir meinen nicht; dafür gibt es zuviele Anzeichen. So heißt es in der "Rotfront" Nr.I, Seite 2: "War sie (die Sozialdemokratie, d.R.) in der ersten REpublik eine reformistische Arbeiterpartei, deren ideologische Vorherrschaft über eine breite organisatorische Erfassung an der Basis vermittelt wurde, so verlor sie nach 1945 tendenziell ihre organisatorische Präsenz in den Massen". Der Unterschied der SPÖ der Zwischenkriegszeit und der nach dem II.Weltkrieg ist also der, daß die Sozialdemokratie ihre organisatorische Verankerung in den Massen verloren hat, und nicht in erster Linie der, daß sie ihren reformistischen Charakter verloren hat und zu einer offenen Bourgeoisiepatei geworden ist, wie die ÖVP eine ist. Kein einmaliger Ausrutscher, geschehen vielleicht in der Hast und im Übereifer der Fertigstellung der ersten Zeitung, ganz und gar nicht, dennn schon in Nr.2 heißt es von der SPÖ als einer "Partei, die doch (!) noch (!) von <u>bürgerlichen Arbeiterpolitikern</u> (!) (Unterstreichung GRM, d.Red.) dominiert wird"! Die SPÖ, die heute die Geschäfte des Kapitals führt und auf dem Rücken der Arbeiterklasse die "Modernisierung" des österreichischen Kapitalismus betreibt, wird von der GRM also durchgehend als bürgerliche Arbeiterpartei angesehen, als eine Partei, die nicht offen die Politik der Kapitalisten macht, sondern falsche, bürgerliche Arbeiterpolitik betreibt, die also generell von Arbeiterinteressen ausgeht. Die GRM, geblendet davon, daß die SPÖ sich bei ihren Wahlerfolgen wesentlich auf Arbeiterstimmen stützt, täuscht damit über den wahren Charakter der SPÖ hinweg - Geschäftsführer der Kapitalisten zu sein, und zwar in allen Belangen.

Wenn man von solchen grundsätzlich falschen Einschätzungen ausgeht, kann man natürlich auch nicht begreifen, daß der Hauptstoß im Kampf gegen die kapitalistische Hochschulreform gegen die Regierung als <u>den</u> Träger der "Moderniaierung" des österrreichischen Kapitalismus (wovon die HS-Reform ein Teil ist) zu führen ist. Im "6-Punkte-Vorschlag" ist daher konsequenterweise keine Losung gegen die SP-Regierung enthalten, es wird bestenfalls noch gegen das Ministerium polemisiert. Es ist klar, daß in diesem Zusammenhang die Losung "Kampf dem Hauptagenten dieser Reform, der ÖSU" falsch ist.

Hauptagent dieser Reform ist die SPÖ-Regierung, die ÖSU ist die Hauptstütze dieser Reform unter den Studenten.
Die GRM wendet damit den Kampf primär gegen die ÖSU und nicht gegen die Regierung, und gibt ihm eine völlig falsche Richtung-in den Sumpf bornierter Studentenpolitik.

Die Liquidierung der Bündnispolitik

Im übrigen meinen wir, daß die GRM auch drauf und dran ist, die Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit der studierenden Jugend zu liquidieren. Praktische Ansätze zu einer

Hochschulpolitik der GRM gibt es bislang noch nicht, ihre "theoretischen" Ausführungen sind auch noch mehr als mager. Dennoch läßt sich in dieser Frage bereits deutlich die Differenz zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Linie erkennen.Die Parole "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes" drückt im wesentlichen die Möglichkeit und Notwendigkeit des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz aus. Im Imperialismus wird nicht nur die Arbeiterklasse ausgebeutet und unterdrückt, sondern die anderen Klassen und Schichten stehen auch in sich verschärfendem Widerspruch zur Bourgeoisie. Auch die Intelligenz gerät in der Mehrzahl durch ihre lohnabhängige Tätigkeit in Widerspruch zu Kapitalistenklasse, auch sie wird von der Einschränkung demokratischer Rechte getroffen. Ihre Funktion besteht in der Verrichtung konkreter Arbeiten, die vom Kapital gesetzt sind. Anders als bei der Arbeiterklasse, deren Arbeit als mehrwertproduzierende, tauschwertschaffende das Kapital erzeugt, ist die Arbeit der Intelligenz für das Kapital ihres Gebrauchswerts wegen wichtig. Die Intelligenz ist Funktionsträger, Agent des Kapitals zur Verrichtung von Arbeiten, die das Lohnverhältnis reproduzieren helfen, sie leitet also Arbeiten, die für die Aufrechterhaltung der kapit. Produktion notwendig sind, ohne selbst Mehrwert zu produzieren. Es ist daher Bestandteil ihres materiellen Interesses, sich diese Funktion zu erhalten, was nur im Kapitalismus möglich ist. Also wiet davon entfernt, aus sich eine sozialistische Perspektive entwickeln zu können, befindet sich die Intelligenz auch im Widerspruch zum Proletariat, das die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft und die Beseitigung aller sozialen Privilegien anstrebt.

Aus dieser doppelten Widersprüchlichkeit resultiert der schwankende Charakter der Intelligenz. Ihr spontaner Kampf gegen den Staat richtet sich nicht von selbst gegen das Kapitalverhältnis und ihre Interessen beschränken sich oft gerade auf ständische Rechte und Privilegien. Das Proletariat steht allein in einem polaren Gegensatz zur Bourgeoisie und hat als einzige Klasse ein uneingeschränktes Interesse an der Vernichtung des Kapitalismus. Im Kampf um den Sozialismus muß es sich aber mit allen unterdrückten Schichten des Volkes verbünden, um die Bourgeoisie maximal zu isolieren. Umgekehrt können nichtproletarische Schichten (wie z.B. die Masse der Intelligenz) aus sich heraus nicht die Perspektive der sozialistischen Revolution entwickeln, vielmehr bleiben ihre spontanen Kämpfe im Rahmen des Kapitals verhaftet. Führt die Intelligenz ihre Kämpfe isoliert von der Arbeiterklasse, so stößt sie auf Grund ihrer Beschränktheit ständig an die Grenzen, die ihr innerhalb des Imperialismus gesetzt sind und wird sich, bleibt sie sich selbst überlassen, letztlich reaktionär gegen die Arbeiterklasse wenden. Diese Kämpfe gewinnen erst dann eine fortschrittliche Perspektive, wenn sie eingeordnet werden in den Kampf um die sozialistische Revolution, wenn die Intellektuellen ihre Kämpfe also im Bündnis mit der Arbeiterklasse - unter deren Führung - gegen die Bourgeoisie richtet.

Die Parole "FÜR EINE AUSBILDUNG IM DIENSTE DES VOLKES" beinhaltet diesen Zusammenhang im Hinblick auf die Kämpfe der studierenden Jugend gegen die Ausbildung im Kapitalismus. Sie erklärt den spezifischen Charakter dieser Ausbildung aus ihrer Unterwerfung unter das kapitalistische Profit- und Herrschaftsinteresse und ziegt die Möglichkeit der Lösung des Widerspruchs zwischen Ausbildungsinteresse der demokratischen Studenten und den Verwertungsinteressen des Kapitals durch die Perspektive einer Ausbildung im Dienste des Volkes, für die erst die Diktatur des Proletariats die Bedingungen schaffen kann. Die Parole bringt zum Ausdruck, daß es darauf ankommt, den in Bewegung geratenen studentischen Massen die Notwendigkeit der proletarischen Revolution zu vermitteln, weil erst im Sozialismus die Wissenschaft von den Fesseln kapitalistischer Profitinteressen befreit werden und in den Dienst des Volkes gestellt werden kann. Sie verbreitet aber keineswegs Illusionen über die Möglichkeit, daß sich Intellektuelle innerhalb des

Kapitalismus in den Dienst des Volkes stellen können, und sie postuliert ebensowenig die Aufgabe der Revolution als alleinigen Kampf der Arbeiterklasse, sondern gerade als gemeinsamen Kampf des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse.

Gerade diese Notwendigkeit der Volksrevolution aber leugnet die von der GRM aufgestellte Parole "FÜR EINE AUSBILDUNG IM DIENSTE DER ARBEITERKLASSE", sie ist nichts anderes als die hochschulpolitische Konkretisierung der alten trotzkistischen Ablehnung der leninschen Strategie der Volksrevolution zugunsten der Propagierung linksradikaler Illusionen von einer "rein proletarischen " Revolution. Diese Parole bedeutet faktisch die Liquidierung der Bündnispolitik, weil sie deren Grundlage und Notwenigkeit "übersieht". Diese Parole stellt den demokratischen Kampf überhaupt in Frage, denn der demokratische Kampf gegen die Maßnahmen der Bourgeoisie im Hochschulbereich erhält nur im Zusammenhang des Kampfes um die sozialistische Revolution eine Perspektive, ein Kampf, den die Arbeiterklasse gemeinsam mit der Mehrheit des Volkes führt und in dem sie das Volk anleitet.
Die Parole "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes" hat gerade das kollektive Bündnis der Studenten und der wissenschaftlichen Intelligenz mit dem Proletariat zum Inhalt, nicht aber die individuelle Hinwendung zur Arbeiterklasse im eigenen Beruf.
Gerade das ist es aber, worauf die Trotzkisten hinauswollen, wenn sie unsere richtige Parole ummodeln, umändern in die in der Wortwahl anbiedernde und erstaunlich unoriginelle Formel: Für eine Ausbildung im Dienste der Arbeiterklasse. So etwas kann von uns niemals als Grundlage für eine gemeinsame Kandidatur angenommen werden, nicht nur das, solche Ansichten müssen scharf bekämpft werden, weil sie auf die Liquidierung des demokratischen Kampfes hinauslaufen.

Was bleibt ?

Grundsätzliche Differenzen in der Einschätzung der ÖH-Wahlen, der kapitalistischen Hochschulreform, den grundlegenden Fragen des demokratischen Kampfes - was bleibt übrig für die Gemeinsamkeit im Wahlkampf, außer daß wir alle die Hochschulreform für "nichts Gutes" halten? Unter solchen Umständen einem Wahlbündnis das Wort reden, hieße, im Gegensatz zum Glauben der GRM, sehr wohl die Neuauflage einer "linken Plattform" anstreben. So ein Bündnis wäre sehr wohl prinzipienlos, es muß daher zurückgewiesen werden.

Die Ablehnung einer gemeinsamen Kandidatur unsererseits bedeutet nun keinesfalls, daß wir nicht es nicht anstreben, mit der GRM, wie mit anderen Gruppen, die mit dem konkreten Teilziel übereinstimmen, in bestimmten begrenzten Teilkämpfen Aktionseinheiten zu schließen. Die MLS - Wien hat das bisher getan und wird es auch weiterhin tun. Dazu müssen aber diese konkreten Teilziele genau bestimmt sein. Die Frage der Kandidatur zu ÖH ist aber eine zu umfassende, als daß es hier mit Organisationen, die falsche, bürgerliche Politik machen, eine Einigkeit geben könnte. Wir werden daher auch im Kampf gegen die kapitalistische Hochschulreform zu jeweils einzelnen Aktionen die Aktionseinheit mit der GRM anstreben, wenn solche Aktionseinheiten der Entfaltung und nicht der Fesselung des demokratischen Kampfes dienen, und wenn sie die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes herstellen, ganz unabhängig davon, daß es bei den ÖH-Wahlen kein Wahlbündnis geben wird.

Zentralausschuß der MLS - Wien

(Alle Zitate aus dem GRM-Flugblatt)



HOCHSCHÜLERSCHAFTSWAHLEN VERSCHOBEN

Im Zuge der kapitalistischen Hochschulreform wird auch die ÖH der neuen Organisation der Hochschulen angepaßt. Dazu gibt es eine SP-Regierungsvorlage für ein neues Bundesgesetz über die ÖH. Dieser Entwurf hat bereits ein Begutachtungsverfahren im Nationalrat hinter sich, das in einigen Details politisch aufschlußreiche Änderungen brachte, auf die wir weiter unten eingehen. Die nächsten Hochschülerschaftswahlen wurden darin für den 23. und 24. Mai 1973 festgelegt.

Die Abgeordneten der beiden Oppositionsparteien im Nationalrat, ÖVP und FPÖ, fühlten sich einfach überfordert, das Gesetz mit ganzen 26 Paragraphen in einem Monat durchzuackern. Der eigentliche Grund dieser Verzögerung ist der Versuch, auf die SP Druck auszuüben und Zugeständnisse im neuen UOG zu erpressen. Diese Politik ergibt sich aus der Widersprüchlichkeit ihrer Interessen in Hochschulfragen. Einerseits sind sie als Parteien des Monopolkapitals für die Formierung der Hochschule nach den Bedürfnissen der"Wirtschaft", etwa für "private Förderer , die mindestens fünf Millionen Schilling zu spenden haben und dafür in den akademischen Behörden mit Sitz und Stimme vertreten sind, für Auftragsforschung von privater Hand, oder für Effizienzsteigerung durch Stärkung der Entscheidungsbefugnisse der Rektoren und von Kuratorein, in denen Kammern, Länder und private Förderer vertreten sind". (Alle Forderungen wurden vom FP-Nationalratsabgeordneten und Erbguttheoretiker Dr.Otto Scrinzi auf einer Versammlung auf der Grazer Uni aufgestellt.)

Andererseits fürchten sie die Ausdehnung der Macht der SPÖ im bürgerlichen Staatsapparat, welche die SP-Regierung insbeondere mit Hilfe des Mitbestimmungsschwindels ständig ausbaut, indem sie unter dem Vorwand von mehr Demokratie Personalpolitik in ihrem Sinne betreibt. Diese Methode wird nicht nur bei der Hochschulreform angewandt. Auch bei der ORF-Reform und bei der "Mitbestimmung im Betrieb" versucht die SP, ihre Leute in die Aufsichtsräte zu bringen. Deshalb tritt Scrinzi demagogisch für "Autonomie der Hochschulen" ein und für "Freiheit der Wissenschaft". Damit wollen VP und FP ihre heute noch bestehende Dominanz unter den Professoren wahren, und im Zusammenspiel mit CV und Burschenschaften ihren politisch - ideologischen Einfluß auf die Studenten erhalten.

Die ÖSU sah in der Regierungsvorlage einen "halbwegs brauchbaren Entwurf" (ÖSU-Flugblatt) und stemmte sich vehement gegen Wahlen nach dem alten ÖH-Gesetz. Die Wahlen wurden daraufhin auf Herbst verschoben.Gesetzlich müssen alle zwei Jahre ÖH-Wahlen stattfinden, der letzte Termin ist daher Dezember 1973. Das bedeutet, daß bis dahin bei weiterer Weigerung der ÖSU das ÖH-Gesetz beschlossen werden muß, damit Wahlen ablaufen können. Damit wirft die ÖSU ihr Gewicht als die Standesvertreterin zugunsten der SP-Hochschulpolitik in den Streit der bürgerlichen Parteien. Sie wird durch diese Politik wieder ihrer Rolle als Hauptstütze der von der SP betriebenen kapitalistischen Hochschulreform gerecht.

Das neue ÖH-Gesetz – Festigung der bornierten Standesvertretung

Der wesentliche Inhalt des Entwurfs ist, die ÖH zu einer besseren Stan-

desvertretung der Studenten zu machen. In den Erläuterungen zum Entwurf wird auf die Analogie zu den anderen öffentlich-rechtlichen Interessensvertretungen (Kammern) hingewiesen.

Zu den ursprünglichen Aufgaben der sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen, fachlichen und sportlichen Förderung der Studierenden kommt jetzt die der"Interessensvertretung" gegenüber gesetzgebenden, staatlichen, akademischen Behörden vor der Öffentlichkeit und sogar vor Gericht, und die Mitwirkung in akademischen Behörden. Für diese letzte Aufgabe wurde zu jedem Gremium des Mitbestimmungsschwindels ein ÖH-Organ geschaffen, das die studentichen "Mitbestimmer" ernennt.

ÖH-Organ		akademische Behörde
Zentralausschuß		
Hauptausschüsse	→	akademischer Senat
Fakultätsvertretungen	→	Fakultätskollegium
Studienrichtungsvertretungen	→	Studienkommission
Institutsvertretungen	→	Institutskonferenz

Eine wesentliche Funktion der Mitbestimmungsmasche, nämlich unzufriedene Studenten in die Durchsetzung der Hochschulreform einzubauen, wird von den sozialdemokratischen Entwerfern folgendermaßen erläutert: " Weder der zur Begutachtung ausgesendete, noch der nunmehr vorliegende Entwurf enthalten Bestimmungen, die Studentenvertreter in akademischen Behörden an Beschlüsse der Organe der Hochschülerschaft binden... Durch die Einräumung eines derartigen, freien Mandats für Studentenvertreter in akademischen Behörden soll eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen allen in diesen Behörden allenfalls vertretenen Gruppen gefördert werden". Durch den Ausbau der ÖH-Organisation nach unten, die Einrichtung von Organen auf der Ebene der Studienrichtungen und Institute, soll laut Erläuterungen "dem vielleicht wesentlichsten neuen Bedürfnis, nämlich einem engen Kontakt zwischen Studentenvertretern und Studierenden entsprochen werden."

Die "direkte Demokratie" wird angeblich eingeführt: Beschlüsse von Hörerversammlungen, die nach einem der Nationalratswahl angeglichenen Modus gefaßt werden müssen, müssen vom jeweiligen Organ in Beratung gezogen werden. Diese"Demokratisierung" von oben bringt aber in Wirklichkeit dem Ministerium mehr Einfluß zur Durchsetzung der Hochschulreform unter den Studenten, durch das Aufsichtsrecht des Ministeriums und den Mitbestimmungsschwindel mit Hilfe der "freien Mandatare".

Für aktives und passives Wahlrecht für die ausländischen Kollegen

Die undemokratischen und abwieglerischen Ziele der SP-Regierung gegenüber den Studenten zeigen sich besonders in der Haltung gegenüber den ausländischen Kollegen. Zwar wird im neuen ÖH-Gesetz den ausländischen Studenten das aktive Wahlrecht zugesprochen, um so die Bewegung der fortschrittlichen Studenten gegen die rechtliche, politische Diskriminierung der Ausländer, ihre ständige Bespitzelung und Kontrolle (ÖAD, Vertrauensdozenten) abzufangen. Das passive Wahlrecht aber wird den Ausländern weiter mit der Begründung der Verfassungswidrigkeit verweigert. Ultrareaktionäre Kreise um ÖVP und FPÖ wandten selbst gegen das aktive Wahlrecht für Ausländer ein, daß "der an den einzelnen Hochschulen hohe Anteil von Ausländern an der Gesamthörerzahl möglicherweise zu einer überproportionalen Berücksichtigung der besonderen Interessen ausländischer Studenten, ja sogar zu einer Majorisierung (!) der österreichischen Studenten führen könnte." In den Erläuterungen zum Entwurf steigen die Sozialdemokraten voll auf diese chauvenistische und rassis tische Argumentation ein und versuchen mit folgenden Argumenten zu beschwichtigen: derzeit beträgt der Anteil der ausländischen Studenten nur 14% und weist fallende Tendenz auf. Ausländer, die sich vielfach nur zu einem kurzen Stu-

dienaufenthalt in Österreich befinden, zeigen kein großes Interesse an Hochschülerschaftswahlen.
Warum will die SP-Regierung trotzdem keine Vertreter in den ÖH-Gremien zulassen? Sie weiß genau, daß sich in den Reihen der ausländischen Kollegen viele fortschrittliche und antiimperialistische Kräfte befinden, die aktiv für den Freiheitskampf ihrer unterdrückten Landsleute gegen Imperialismus und Reaktion eintreten, und unternimmt alles, um ihnen jede Möglichkeit zu nehmen, sich politisch zu betätigen. Das ist besonders gefährlich für eine Regierung, die offen reaktionäre und faschistische Regimes wie Türkei, Persien, Griechenland unterstützt und ihnen zuliebe demokratische Ausländerorganisationen verbietet (z.B. Auflösung des griechischen antifaschistischen Studentenbundes).
Kämpfen wir gegen alle diese finsteren Machenschaften und machen wir die Forderung nach freier politischer Betätigung und für aktives und passives Wahlrecht für die ausländischen Kollegen zu einer zentralen Forderung der demokratischen Bewegung!

Weg mit der Beschneidung politischer Rechte

Die Sozialdemokraten erläutern zur Regierungsvorlage:"In dem zur Begutachtung ausgesendeten Entwurf eines Hochschülerschaftsgesetzes 1972 wurde der ÖH ausdrücklich die Aufgabe gestellt, "auch zu allgemein politischen Fragen... Stellung zu nehmen..." Eine derartige Aufgabenstellung der ÖH wurde in den nunmeher vorliegenden Entwurf nicht mehr aufgenommen, weil der ÖH so wie jedem anderen Rechtssubjekt das Petitionsrecht und das Recht der freien Meinungsäußerung zukommt."
Wesentliche Rechte wie die Benützung von Hörsälen für Veranstaltungen an jeder Hochschule sind den ÖH-Organen jedoch nur im Rahmen ihrer Aufgaben gewährt. Diese Aufgaben sind im Gesetz genau festgelegt, und das allgemein politische Mandat gehört eben nicht dazu-. Zusammen mit dem allgemeinen Verbot politischer Veranstaltungen auf Hochschulboden, wie es im UOG-Entwurf vorgesehen ist, bedeutet das eine wesentliche Einschränkung der demokratischen Rechte der Studenten.
Jammern wir nicht über diese Beschränkungen! Sondern erkämpfen wir uns das Recht der freien politischen Betätigung auch in der ÖH, indem wir es ausüben! Wird es dann vom Ministerium oder vom Rektor beschnitten, müssen wir allen Studenten klar machen, daß dies ein Angriff auf alle ist und der Kampf dagegen gemeinsam aufgenommen werden muß.
Keinen Fuß breit Boden der Reaktion!



WIE DIE REVISIONISTEN DIE KOMMUNISTEN BEKÄMPFEN

Immer offener tritt inletzter Zeit das Wesen der Politik der Revisionisten auch an der Hochschule zutage, immer deutlicher zeigt sich der bürgerliche Charakter ihrer Politik und die schädliche Rolle, die sie im Kampf an der Hochschule spielen, Mit zunehmender Entfaltung der demokratischen Kämpfe wird klar, wer den Kampf konsequent vorantreibt und ihm eine Perspektive zu weisen vermag und wer ihn hintertreibt.
In der Praxis hatten sich die Revisionisten an der Uni bislang nur deswegen noch nicht völlig entlarvt, weil sie sich kaum an die Öffentlichkeit wagen und weil die demokratische Bewegung noch sehr unentwickelt ist. Im Grunde sind sie eigentlich nur bei antiimperialisitischen Aktionen in Erscheinung getreten, doch da zeigte sich sehr schnell, welche Politik sie wirklich betreiben. Weil der "Internationalismus" des "K"SV durch die Interessen der sowjetischen Außenpolitik beschränkt ist, kommt es bei Solidaritätsaktionen vor allem dann zum Konflikt uwischen ihm und den konsequent antiimperialistischen Kräften, wenn die schädliche Rolle der Sowjetrevisionisten gegenüber bestimmtem Befreiungsbewegungen immer offener zutage tritt. Die Taktik des "K"SV ist es dann, die Solidaritätsbewegung von der konsequenten Unterstützung der Befreiungsbewegung abzuhalten oder, wenn ihm das nicht gelingt zu versuchen, die Bewegung zu spalten. Ein Beispiel dafür ist die Palästina-Kampagne Anfang März: Aufgabe dieser Aktionseinheit war es den Kampf des palästinensischen Volkes um die Erringung der Freiheit, Unabhängigkeit und nationaler Selbstbestimmung zu unterstützen, d.h. die Ziele der gegenwärtigen Etappe der Widerstandsbewegung zu propagieren. Dabei mußte der Politik der friedlichen Lösung als einer Hauptgefahr für den palästinensischen Widerstand entgegengetreten werden.

Die Politik der friedlichen Lösung wird von den beiden Supermächten USA und SU betrieben; ungeachtet ihrer Interessensgegensätze, die auf dem Konkurrenzkampf um die Aufteilung der Einflußsphären in diesem Gebiet beruhen, zeigt sich ihr Zusammenspiel bei der Unterdrückung des palästinensischen Widerstandes. Denn das Durchsetzen einer friedlichen Lösung setzt nämlich die Anerkennung des Staates Israel voraus, der aggressiven Bastion des Imperialismus, und damit die Liquidierung der palästinensischen Widerstandsbewegung, deren Ziele nur durch die Zerschlagung des staatlichen Machtapparates des Zionismus erreicht werden können.
Das alles sind Tatsachen und auch dem "K"SV ist es nicht leicht gefallen, darüber hinwegzuschwindeln. Deshalb stimmte er anfangs verbal einer politischen Plattform der Aktionseinheit zu, in der u.a. die friedliche Lösung explizit verurteilt wird. Um aber das Zusammenspiel der Supermächte und damit die Rolle der SU weiterhin zu verschleiern, versuchte der "K"SV zu verhindern, daß auf der Demonstration jene Mächte beim Namen genannt werden, die diese Politik der friedlichen Lösung propagieren. Durch die opportunistische Haltung einiger anderer Organisationen (GRM, VSM) und verschiedener Fehler unsererseits gelang es den Revisionisten, die Aktionseinheit zu spalten.

Gleich von vornherein auf jede "revolutionäre" Tarnung verzichtete die "K"PÖ in ihrem Maiaufruf, wo sie sich klar als Feind des palästinensischen Volkes erweist, indem sie offen gegen die Ziele der Befreiungsbewegung Stellung nimmt und dazu aufruft, "am 1. Mai für eine friedliche Lösung im Nahen Osten entsprechend den UNO-Beschlüssen zu demonstrieren".

Das bedeutet aber nichts anderes als dazu aufzurufen,"für die Liquidierung der palästinensischen Revolution zu demonstrieren".

Eine „neue"Taktik der „K"P: Keine Zusammenarbeit mit Kommunisten!

In der letzten Zeit haben die Revisionisten offenbar beschlossen,mit Kommunisten keine Aktionseinheit mehr einzugehen,wenn sie befürchten müssen,daß es ihnen nicht gelingt, die Bewegung in ihr bürgerliches Fahrwasser zu lenken und ihre spalterischen Ziele durchzusetzen. Diese Weigerung ist nicht bloß eine national beschränkte Erscheinung: in der deutschen "kommunistischen" Partei (D"K"P) z.B. gibt es einen Beschluß,der die Zusammenarbeit mit "Maoisten" (damit meinen sie die Kommunisten) verbietet. Ob es auch in der "K"PÖ bereits einen solchen Antikommunistenbeschluß gibt,ist nicht bekannt.Tatsachen sind aber:

- Anläßlich des Überfalls des israelischen Geheimdienstes und der Armee auf die Büros der El Fatah und der FDPLP in Beirut wurden auch in Wien Solidaritätsaktionen durchgeführt. Auf Initiative der MLS bildete sich eine Aktionseinheit,die v.a.eine Demonstration organisierte.Wir hielten es für notwendig,angesichts der neuen blutigen Verbrechen der Zionisten unsere Solidarität mit dem gerechten Kampf des palästinensischen Volkes zu dokumentieren und den Verfälschungen und Verdrehungen der bürgerlichen Massenmedien entgegenzutreten,die die Verbrechen der Zionisten zu beschönigen und rechtzufertigen versuchen. Wer sich nicht an der Aktionseinheit beteiligte,war der "K"SV,der damit deutlich seine Auffassung von der Unterstützung der palästinensischen Befreiungsbewegung zum Ausdruck brachte.

- Am 21.4.war der 6.Jahrestag der Machtergreifung der faschistischen Militärjunta in Griechenland. Aus diesem Anlaß wurde in Wien eine Aufklärungskampagne über die Lage in Griechenland und eine Solidaritätsdemonstration für den griechischen Widerstand durchgeführt. Trotz zweimaliger Einladung erschien der "K"SV nicht auf den Sitzungen der Aktionseinheit,die die Demonstration vorbereitete. Er lehnte es weiter ab,mit Kommunisten in einem Komitee zusammenzuarbeiten. Dabei erwiesen sich die Revisionisten als offene Spalter: sie riefen zu einer "Solidaritätsaktion mit Griechenland" auf,die zufällig (?) zum selben Zeitpunkt stattfand wie die Demonstration der Aktionseinheit. Sie getrauten sich offenbar nicht einmal,zu dieser Kundgebung auf der Uni aufzurufen. Sie dokumentierten damit,daß es ihnen nicht um eine breite Solidaritätsaktion mit dem griechischen Volk geht,sondern bloß darum,ihr revisionistisches Häuflein Ecke Rotenturmstraße aufzustellen und sich der Wiener Bevölkerung als Freunde des griechischen Volkes zu präsentieren.

In der BRD hat diese Entwicklung, nämlich die Ablehnung von Aktionseinheiten mit Kommunisten durch die Revisionisten schon früher eingesetzt. So weigerte sich z.B.die D"K"P an einer zentralen Vietnam-Demonstration am 14.1.teilzunehmen,die von einem nationalen Komitee vorbereitet wurde; dessen Aufruf unterstützen zc. 200 Organisationen (Kommunistische Organisationen,Gewerkschaftsgruppen, Studenten-,Jungarbeiter- und Schülerorganisationen etc.). Diese Demonstration wurde ein voller Erfolg: 25.000 fortschrittliche Menschen bewiesen ihre Solidarität mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien.
Der Kommunistische Bund Bremen wird von einem Verbotsantrag der CDU-Fraktion der Bremer Bürgerschaft bedroht. Er wird in seinem Kampf gegen dieses Verbot von demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Organisationen unterstützt. Dieser Verbotsantrag ist nicht nur eine Gefahr für kommunistische Organisationen,er wird begründet mit dem Hinweis auf das KPD-Verbot von 1956,das die bürgerliche Justiz jederzeit

gegen fortschrittliche Menschen, gegen fortschrittliche Organisationen anwenden kann und auch anwendet, die gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung den Kampf aufnehmen. Die D"K"P lehnte es ab an einer Solidaritätsdemonstration teilzunehmen, ja sie verstieg sich in ihrer Polemik gegen den KBB zu der Behauptung, daß er zum Teil selbst schuld an dieser Verbotsdrohung sei, da seine Flugblätter die Reaktion herausfordern würden. Und wenn in letzter Zeit D"K"Pler für den Ausschluß von Kommunisten aus der Gewerkschaft stimmen, zeigt sich ganz offen, wo alle Revisionisten letztlich stehen - nicht auf Seiten des Volkes, sonder der Bourgeoisie.

In Italien ging die "K"PI sogar soweit, die Regierung zu ermahnen, härter durchzugreifen und "mit aller Schärfe gegen die Anstifter des Abenteurertums" (damit meinen die Revisionisten die Kommunisten) "vorzugehen, die Anstifter des Abenteurertums auszumerzen" (und l' Unità, Organ der "K"PI, 25.1.1973).

Verstärkung der Hetze gegen die kommunistische Bewegung

Das Wiedererstarken der demokratischen und kommunistischen Bewegung in ganz West-Europa wird für die Bourgeoisie ein immer ernsteres Problem. Sie versucht der wachsenden Unruhe im Volk durch verschärfte Repressionsmaßnahmen, in Deutschland v.a. Notstandsgesetze und Berufsverbote, Herr zu werden. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Hetze gegen die Kommunisten zu. Es wird versucht sie von den Massen zu isolieren und die Unterdrückungsmaßnahmen mit der Notwendigkeit des Kampfes gegen die "Extremisten" und "Terroristen" zu legitimieren. Die Revisionisten unterstützen die Bourgeoisie bei diesem Kampf so gut es geht. Sie haben dazu eine internationale Kampagne gestartet, in der die Gleichstellung von Rechts- und "Links"extremisten propagiert wird. So z.B.: "In der Praxis gehen diese Scheinrevolutionäre Hand in Hand mit der Konterrevolution, sogar mit alten und neuen Nazis"! (Neues Deutschland, Organ der SED, 19.4., zitiert nach der Volksstimme vom 21.4.) Ein Musterbeispiel einer Ansammlung von wilden antikommunistischen Tiraden stellt der Artikel in der Volksstimme vom 21.4., Seite 4, dar ("Chaoten und Politrocker", s. Abdruck. Der unmittelbare Anlaß war die Besetzung des Bonner Rathauses anläßlich des Besuches des Henkers Thieu in der BRD. Diese Vorfälle wurden zum Anlaß genommen, die Verleumdungskampagne gegen die Kommunisten noch mehr auszudehnen und so das Verbot verschiedener Organisationen vorzubereiten. Für diesen schmutzigen Zweck wollen nun auch die Revisionisten den Handlanger abgeben, um sich bei der Bourgeoisie gut anzuschreiben. Sie nehmen die Rathausbesetzung zum Anlaß, um in eine Flut von Verleumdunge und Beschimpfungen gegen die gesamte kommunistische Bewegung auszubrechen und sie als Provokateure im Dienste der Polizei und des Staatsapparates zu diffamieren.

Zitat: "DKP-Angehörige werden aus dem öffentlichen Dienst entfernt und aus den Betrieben geworfen, während die pseudo-revolutionären Ultras als 'hocherwünschte Provokateure' allerlei polizeiliche Toleranz und Förderung genießen." (Volksstimme, 21.4., S.4)

Die koordinierte Hetzkampagne der Revisionisten verschiedener Länder gegen die kommunistische Bewegung, die Weigerung der Revisionisten mit Kommunisten in Aktionseinheiten zusammenzuarbeiten, stellt keine zufällige Erscheinung dar. Die Existenz und das Erstarken der kommunistischen Bewegung entlarven schonungslos den bürgerlichen Charakter der revisionistischen Parteien. Die Kommunisten verhindern nämlich, daß es den Revisionisten gelingt, den aufkeimenden Widerstand gegen die antidemokratischen Maßnahmen der Kapitalisten und ihrer Handlanger, den zunehmenden Widerstand gegen die Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes abzuwiegeln und in ihr bürgerliches Fahrwasser zu lenken.

Mit dem Erstarken der demokratischen Bewegung zeigt sich deutlich die Rolle der Revisionisten als Spalter, es zeigt sich, daß nur im Kampf gegen diese Spalter die demokratischen Kämpfe auf eine höhere Stufe gehoben werden können. Auch ihre wüsten Beschuldigungen, ihre Hetze gegen alle diejenigen, die diese Rolle der Revisionisten aufzeigen und entlarven, können diese Entwicklung nicht aufhalten. Besonders wenn sich die Revisionisten so offen selbst entlarven wie der "K"SV.



„Chaoten" und „Polit-Rocker"

Die SPD verkündete dieser Tage durch ihren Pressedienst in Bonn, man werde mit „deutlichen Maßnahmen gegen die Chaoten das weitere Überschwappen der nackten Gewalt in der BRD unmöglich machen". Das war die Antwort der SPD auf eine Fernsehsendung, in der zwei „Ultralinke" von der sogenannten KPD — die nicht das geringste mit der wirklichen KPD (die nach wie vor verboten ist) zu tun hat — die Verantwortung für den „Sturm" auf das Rathaus von Bonn anläßlich des Aufenthalts des Saigoner „Präsidenten" Thieu übernommen hatten. Außerdem kündigten sie „spektakuläre Aktionen" während des kommenden Besuches Breshnews gegen die KPdSU und die Sowjetunion an.

Führende CDU-Politiker benützten die Gelegenheit, um das Verbot nicht nur dieser sogenannten KPD und ihres studentischen Ablegers „KSV", sondern auch das Verbot der Deutschen Kommunistischen Partei zu fordern, gegen die die „KPD" unter behördlicher Duldung und Förderung die gehässigsten Aktionen, oft unter Anwendung von Gewalt, durchführt...

Arm in Arm mit den Rechten

Max Reimann, der ehemalige Vorsitzende der verbotenen KPD, bezeichnete die Abenteurer, die den Namen der KPD mißbrauchen, als eine „ultralinks maskierte Gruppe", die überhaupt nichts mit der Arbeiterbewegung gemein hat. In der DDR verurteilte das Organ der SED, „Neues Deutschland", am Donnerstag „maoistische Machenschaften in der Bundesrepublik". Vor allem eine Gruppierung, die seit drei Jahren in unverschämter Weise den traditionellen Namen KPD mißbraucht, entfaltet besondere Geschäftigkeit. „Dieser „maoistische Haufen", schreibt „ND", „verfolgt wie auch andere linksopportunistische Sekten nur das Ziel, den Antisowjetismus zu schüren und Teile der Werktätigen und der studierenden Jugend zu putschistischen Aktionen zu verführen. In der Praxis gehen diese Scheinrevolutionäre Arm in Arm mit der Konterrevolution, sogar mit den alten und neuen Nazis..."

„Hocherwünschte Provokateure"

Nach der „Zerschlagung" der „Baader-Meinhof-Gruppe", die jahrelang die Rolle der „Chaoten" oder „Polit-Rocker" spielen konnte, weil die bundesdeutsche Reaktion sowohl den „linken Bürgerschreck" brauchte wie dessen schließliche „Zerschlagung" durch eine nach Bürgerkriegsprobe riechende Polizeiaktion, haben die „KPD" und ähnliche Gruppen die gleiche Rolle übernommen. Diese besteht darin, vor allem junge Menschen mit gesellschaftskritischer Einstellung vom Anschluß an die Kommunistische Partei abzuhalten.

DKP-Angehörige werden aus dem öffentlichen Dienst entfernt und aus den Betrieben geworfen, während die pseudorevolutionären Ultras als „hocherwünschte Provokateure" allerlei polizeiliche Toleranz und Förderung genießen. Weil man sie braucht. Mit Hilfe dieser „Chaoten" und „Polit-Rocker" können rabiat-antikommunistische Stimmungen angeheizt werden, wie es in Bonn nach der Rathausbesetzung deutlich zu spüren war. In der Stadt sprach man nicht mehr von Thieu und den 200.000 politischen Gefangenen in Südvietnam — sondern von den „Kommunisten", den „Moskauknechten"...

Den Drahtziehern der sogenannten KPD ist die schäbige Rolle, die sie spielen, völlig klar... B.F-ch.

(Volksstimme Sa. 21. April 73)

DER KAMPF DER FRANZÖSISCHEN JUGEND

DER KAMPF DER FRANZÖSISCHEN JUGEND GEGEN DIE MASSNAHMEN DER MONOPOL-BOURGEOISIE ERREICHT NEUE HÖHEPUNKTE

Am 22.März und 2.April demonstrierten in Paris und 200(!) Provinzstädten französiche Gymnasiasten, Studenten und junge Arbeiter aus den berufsbildenden Schulen (CET) gegen das Gesetz "Debre" und den Erlaß Fontanet. Allein die Demonstration am 2. April in Paris vereinigte an die 200 000 Demonstranten, die in einem dreieinhalb Stunden dauernden Zug vom Gare de Lyon zum



Place de la Nation zogen. Die Spitze des Zuges war schon lange in den Metroschächten am Place de la Nation verschwunden, als die letzten Demonstranten eben den Gare de Lyon verließen. Am selben Tag marschierten in Toulouse 30 000 Schüler und Studenten, obwohl der Streik in den Schulen dort schon vier Wochen andauerte. Was war der Anlaß?

Das Gesetz »Debré« und die neue »Supermatura«

Im Jahre 1970 wurde im französischen Parlament mit den Stimmen der Sozialisten und bei Stimmenthaltung der KPF ein Bündel von Gesetzen angenommen. Diese Gesetze beinhalten unter anderem die Beschneidung des Rechts auf Aufschub vom Präsenzdienst für Jugendliche über 21 Jahre. Damit soll erreicht werden, daß die Jugendlichen den Präsenzdienst möglichst sofort nach der Schule absolvieren, um so zu verhindern, daß die "unreifen" Schüler allzu früh dem "gefährlichen Einfluß der Universitäten ausgesetzt werden, denn der Mai 68 ist der Bourgeoisie noch in unangenehmer Erinnerung. General Vanuxem drückte das während der Ausarbeitung des Gesetzes im Jahre 1969 so aus:
"Der Familie und der Religion gelingt es heute nicht in genügendem Maße, das Brot der moralischen und bürgerlichen Notwendigkeiten an die Jugend heranzutragen. Es ist daher notwendig, Armee und Schule zu verbinden, sie aufeinander mit der geringst möglischen Unterbrechung folgen zu lassen. Vorallem die Erziehung in Bürgerkunde könnte hier (in der Armee) zu einem gegebenem Zeitpunkt stattfinden und sich daher besonders leicht in die noch unbeschriebenen Seelen eingraben, deren Ohr niemals noch vom Byzantinismus und den Sophismen zweifelhafter Elemente berührt wurde". Etwa zur gleichen Zeit, als dieses Gesetz in Kraft treten sollte, bahnte sich auch an den Universitäten eine Verschärfung an, insbesondere durch das vom Minister Fontanet vorgeschriebene neue Diplom. Dieses Diplom soll den Abschluß der ersten zwei Studienjahre bilden und beinhaltet eine Diplomprüfung, eine neue "Supermatura". Dieses neue Diplom stellt einen weiteren Schritt zur völligen Verschulung des Studiums dar. Wurden noch 1968 unter dem Vorwand der Ausmerzung von Ungerechtigkeiten die großen Abschlußprüfungen durch viele kleine über die gesamte Studienzeit verstreute Prüfungen ersetzt, so werden jetzt diese Dauerprüfungen außerdem noch durch ein großes Abschlußexamen "ergänzt". Damit soll jede Beschäftigung mit anderen Dingen als den zum Studium gehörigen verhindert werden.
Durch diese Verkürzung der Studienzeit werden nicht nur die Kosten der Ausbildung für das Kapital vermindert, verknüpft mit dem Gesetz "Debre" bringt diese neue Diplomordnung auch eine einfache Lösung gegen die sprunghaft ansteigende Zahl der Studenten. Soll das Studium nicht durch den Präsenzdienst unterbrochen werden, muß es in kürzester Frist hinter sich gebracht werden - das verschärft die die Auslese. Gleichzeitig werden viele Studenten, und das gilt insbesondere für Arbeiterkinder, für deren Eltern die Ausbildung eine große finanzielle Belastung bedeutet, das Studium mit einem "Diplom" in der Hand nach einem Jahr Studienunterbrechung kaum wieder aufnehmen.

Die Manöver der KP–Revisionisten erlitten Schiffbruch

Als Anfang März die demokratischen Kämpfe begannen, richteten sie sich zunächst nur gegen das Gesetz "Debre". Ihren Ausgangspunkt nahmen die Streiks zuerst in den Provinzgymnasien, zuerst in Toulouse. Vollversammlungen wurden einberufen, auf denen die Schüler den aktiven Streik bis zur jeweils nächsten Vollversammlung beschlossen.
Die Hauptlosung lautete: Aufhebung des Gesetzes "Debre"! Die Schüler marschierten von einer Schule zur anderen und agitierten für den Streik. Nach relativ kurzer Zeit - innerhalb von 2 Wochen - wurden in ganz Frankreich die Mehrzahl der Gymnasien bestreikt. In manchen Städten wie in Toulouse z.B., wurde in keiner einzigen Schule mehr unterrichtet.
Die nationale Koordination der Streikkomitees rief für den 22. März zu einem "Tag der Aktion" in ganz Frankreich auf. Erst eine Woche vor diesem Termin begann die

Agitation auch an den Universitäten, die - der Zusammenhang mit dem neuen Diplom war ja sofort einsichtig-schnell an Breite gewann. 3,4 Tage später waren auch die ersten Universitäten in Paris in Streik. Die Hauptlosungen in ganz Frankreich waren: Abschaffung des Gesetzes "Debre"! , Abschaffung des neuen Diploms! Nieder mit der Armee des Kapitals! Nieder mit der Armee der Streikbrecher!, Gegen die Kasernierung der Jugend in Schule, Fabriken und Armee! Recht auf freie Wahl des Einberufungstermins zwischen 18 und 25 für ALLE Jugendliche, Arbeiter, Studenten, Gymnasiasten, alle vereint.
Die KPF und ihre Schüler- und Studentenorganisationen (UNCAL und UNEF) ließen wieder einmal nichts unversucht, um einerseits die demokratische Bewegung zu spalten und zu sabotieren, und andererseits die Bewegung auf einem ständischen Niveau zu halten. Wurde ganz zu Beginn die Form der Aktion überhaupt verurteilt und der Streik kritisiert, fing man dann an, Losungen aufzustellen, die auch von den am wenigsten fortgeschrittenen Schülern und Studenten bereits überschritten worden waren: Recht auf Aufschub, Verbesserung des Diplomgesetzes, etc. Zuletzt versuchte man gar, den Eindruck zu erwecken. daß die Bewegung von UNCAL und UNEF geführt werde. In der "Humanite" wurden die Streikkomitees einfach ignoriert und es wurde beahuptet; "Es ist die Masse der Gymnasiasten, die uns unterstützen."

Innerhalb dieses Spaltungsmanövers organisierten sie am 21.März eiene eigene Demonstration und die Bourgeoisie unterstützte sie dabei: ihre Demonstration wurde erlaubt und die für den 22.März geplante wurde verboten. Aber der Spaltungsversuch der modernen Revisionisten erlitt eine jämmerliche Abfuhr. Zur UNCAL-Demonstration kamen lediglich 6000. Daraufhin änderten sie ihre Taktik und schlossen sich in der Nacht zum 22. März schließlich der Bewegung der Streikkomitees an. Trotz Verbot marschierten damals gut 5 Stunden lang 120 000 Schüler und Studenten durch die Straßen von Paris.

Der Streik dehnt sich auch auf die berufsbildenden Schulen aus

Trotz gewisser Losungen ist es ganz klar, daß die jungen Arbeiter nicht direkt von den Kämpfen betroffen sind. Der zukünftige Arbeiter im CET findet gar keine Arbeit, solange er den Wehrdienst nicht abgeleistet hat. Für ihn ist die "freie Wahl des Zeitpunkts" eine Phrase. Trotzdem gestattete diese Losung und vor allem die Losung gegen die Kasernierung in Schule und Betrieb der Bewegung auch in den CETs Fuß zu fassen. An diesen Schulen wird zum erstenmal gestreikt. Hier werden zusätzliche Forderungen aufgestellt "Recht auf Meinungsfreiheit", "Für das Recht, Versammlungen durchzuführen und Zeitungen seiner Wahl frei lesen zu können", "Für verbesserte Sicherheitsvorkehrungen bei der Arbeit","Verringerung der Wochenstunden", "Recht auf Klassenwiederholung".
Schon die Losungen zeigen, welche Zustände an diesen Schulen herrschen: Die zukünftigen Arbeiter sollen in diesen Schulen auf das Fabriksleben vorbereitet werden. Am 2.April nahmen auch sie an der riesigen Demonstration teil und am 4.April veranstalteten sie eine eigene Demonstration, zu der etwa 20 000 Jugendliche kamen.
Bisher ließ nichts darauf schließen, daß die Regierung es für notwendig erachtete, auch nur irgendeines der Gesetze in Frage zu stellen. Beide Regelungen sind Teile eines lange vorbereiteten Programms und offensichtlich erwarten die Herren auch, daß die Bewegung wegen der Unterbrechung durch die Osterferien so oder so einschläft. Aber das Schweigen war nur eine Seite: als die Studenten an der besetzten geisteswissenshaftlichen Fakultät von Straßbourg die Inbetriebnahme der institutseigenen Offset- und Abziehmaschinen beschloß, rief der Rektor die Polizei. Die Garde mobile und eine Menge Polizisten in Zivil schlichen bei einem Hinter-

eingang in die Fakultät und prügelten die Studenten aus der Universität Schnell entwickelte sich eine Schlacht, bwi der es 75 Verletzte, darunter einen durch eine Tränengasgranate lebensgefährlich verletzten Arbeiter gab! Am nächsten Tag demonstrierten 12 000 in den Straßen der Stadt und besetzten von neuem ein Universitätsgebäude.
In den Osterferien ließ Fontanet schließlich verlauten, wie er die Wiederaufnahme der Streiks zu verhindern gedenkt: Schulen, an denen gestreikt wird, werden geschlossen, den Streikenden werden die Stipendien entzogen, gegen die den Streik unterstützenden Lehrer werden "Maßnahmen unternommen" usw.
DieSchranken der Bewegung liegen allerdings nicht so sehr an diesen Maßnahmen.

Die Trotzkisten können der Bewegung nicht die richtige Perspektive weisen

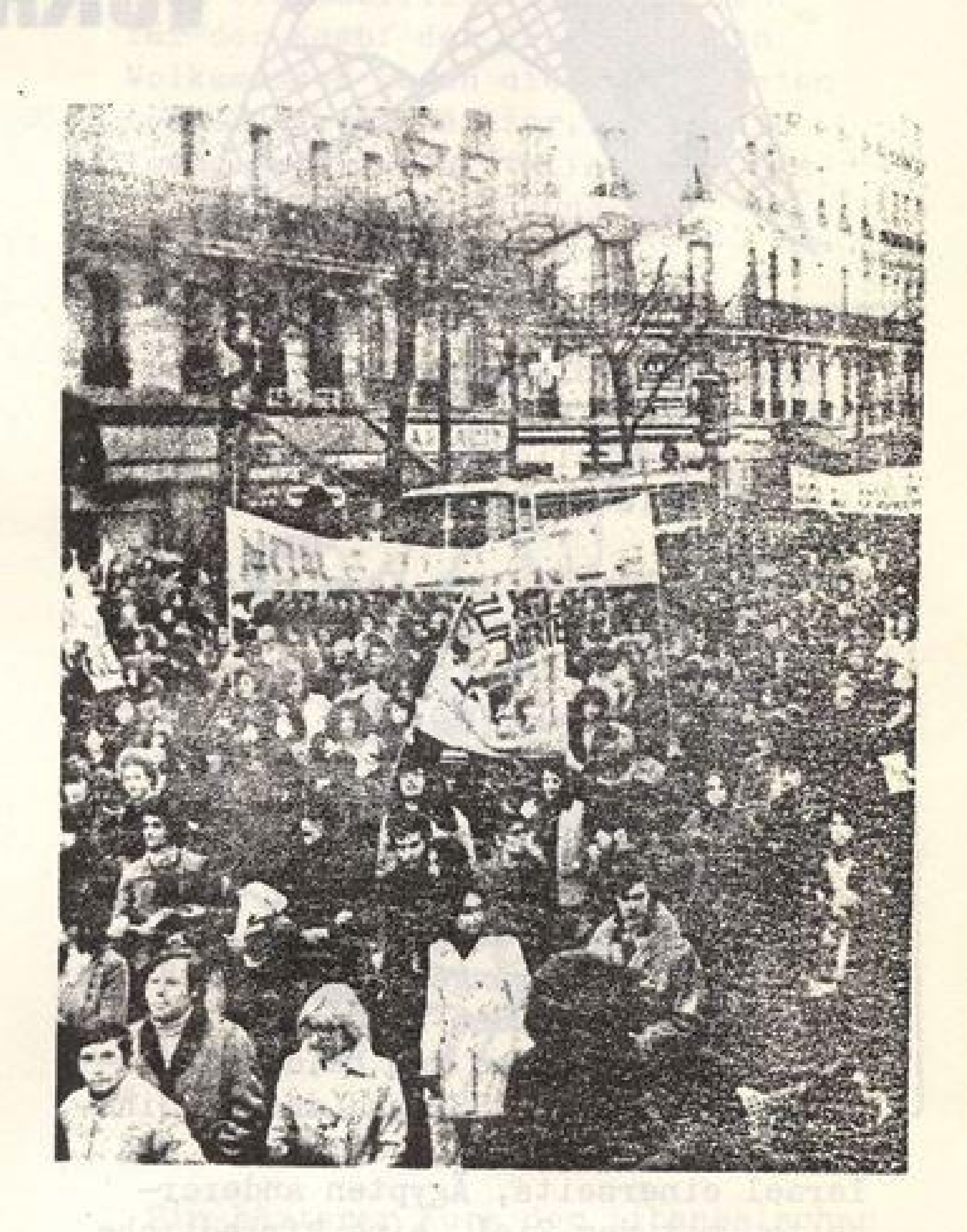
Der Kampf der fortschrittlichen Kräfte gegen die Maßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates im Hochschulbereich wird nur dann erfolgr eich sein können, wenn sie sich dem Kampf der am konsequentesten gegen die Klassendiktatur der Bourgeoisie und für den Sozialismus kämpfenden Klasse unterordnet.
Es ist die Aufgabe der Kommunisten an den Hochschulen, die Perspektive des Bündnisses mit der Arbeiterklasse in die studierende Jugend zu tragen.
Der Kampf der Schuljugend und der Studenten, auch wenn er diesen großartigen Umfang erreicht, kann, ohne die Perspektive des Kamfes für den Sozialismus zu haben, seinen ständischen Charakter nicht verlieren. Mehr noch bedingt auch die privilegierte Stellung der Gymnasiasten und Studenten, daß der Kampf sehr leicht einfach zu einem Kampf um ein Privileg (z.B. dem Aufschub), das die Bourgeoisie abzubauen beginnt, abgleitet. Zweifellos waren die breiten Massen siech in diesen Kämpfen dieser Gefahr - zumindest teilwese - bewußt. In dem Wunsch, eine Forderung für alle Jugendlichen eine Forderung zu erheben, in den spontanen Losungen:"Solidarität mit den Arbeitern von Renault" (dort waren 400 Arbeiter in den Streik getreten) sowie "Eine einzige Losung: die Revolution" versuchten sie zu zeigen, daß es nicht um die Erhaltung eines Privilegs geht. Eine Schule in der Vorstadt von Paris marschierte direkt zu Renault und versuchte dort, mit den streikenden Arbeitern ins



Gespräch zu kommen.

Aber diese eher spontan sich äußernden Versuche, den beschränkten Charakter der Bewegung zu überwinden, wurde nicht zielbewußt unterstützt. So wurde die Frage nach der Zukunft der Bewegung und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse in den Vollversammlungen fast nicht diskutiert und auch der Kampf gegen die falschen Ideen unter den Massen (z.B. der Pazifismus) kaum aufgenommen. Der Grund dafür lag an der Abwesenheit einer wirklich kommunistischen Organisation an den Hochschulen und Schulen, einer Organisation, die sich in den vergangenen Kämpfen und in tagtäglicher Arbeit eine echte Basis unter den Studenten geschaffen hätte. Von den trotzkistischen Organisationen, vorallem der Ligue Kommuniste, die in den Streikkomitees stark vertreten waren, wurde diese Diskussion nicht geführt. Für diese Organisationen scheint sich aus der Klassenlage der Studenten nicht das geringste Problem zu ergeben. Das einzige, was sie außer der Selbstorganisierung der Studenten noch für wichtig halten, ist: "Die soziale Basis der Bewegung erweitern". So sind diese Organisationen, für die in der Theorie nur der Widerspruch zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse besteht, in dieser konkreten Situation nicht in der Lage, die Wichtigkeit der Durchsetzung einer proletarischen, politischen Linie innerhalb der Intelligenz zu bergreifen. Dafür werden die Streikkomitees lässig mit den Arbeiterräten in Rußland verglichen und nach Rouge (vom 3.4.) ist der Grund, daß die Bewegung massiver, tiefgehender als im Mai 68 ist, in der Form ihrer Organisation zu suchen. Die Massen organisieren sich und die Ligue Kommuniste denkt nach, wie sie die soziale Basis erweitern kann. Es ist daher nicht erstaunlich, daß in den Versammlungen stundenlang demokratischer Formelkram diskutiert wurde, und nur wenige politische Diskussionen zustande kamen. In der Praxis entpuppte sich die trotzkistische Politik einfach als Opportunismus gegenüber den fest verwurzelten liberalen Ideologien der Studenten.

Uns in Österreich können aber diese Kämpfe zeigen, daß ein großer Teil von Studenten und Schülern bereit sein kann, demokratische Kämpfe aufzunehmen und daß deshalb die Entwicklung einer richtigen politischen Linie eines Aktionsprogrammes eine außerordentliche Wichtigkeit für jeden Kommunisten darstellt.







EINHEIT DER ARABISCHEN VÖLKER – VORAUSSETZUNG DES SIEGES

Die Herstellung der Einheit im Kampf der Völker des nahen Ostens ist unerläßlich für ihren Sieg über Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion

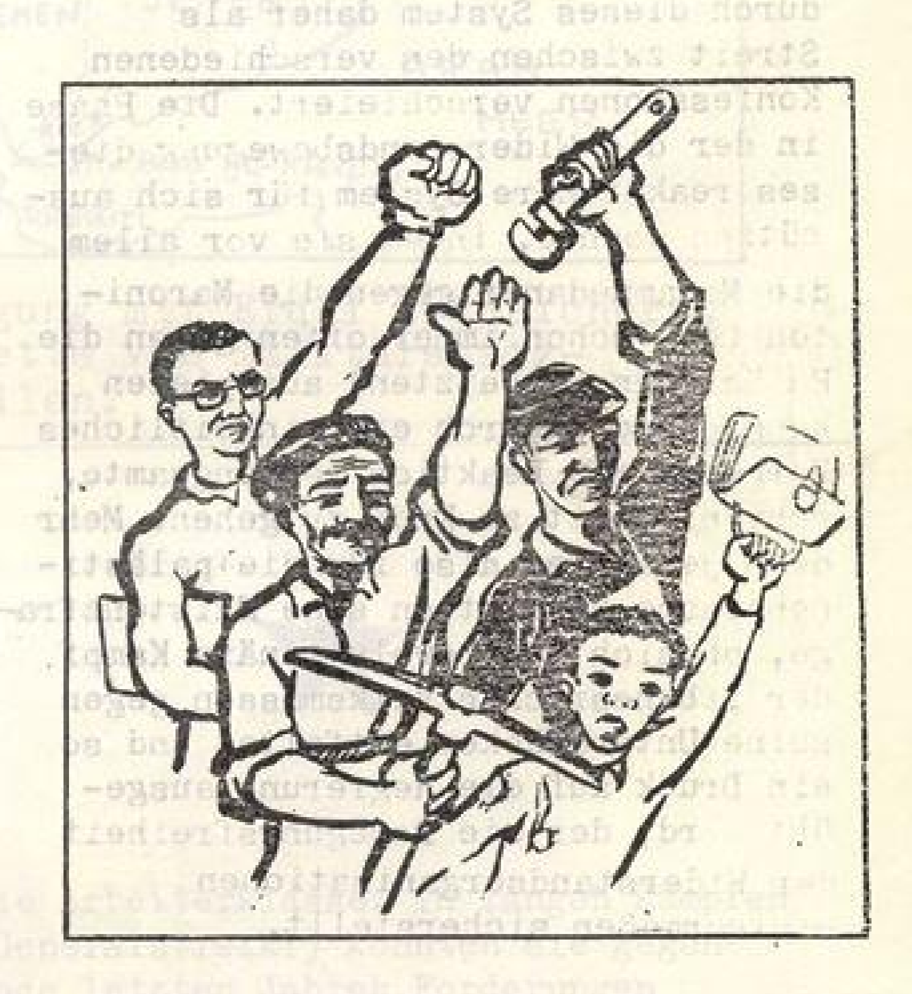
Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus begehen die Zionisten ein Verbrechen nach dem anderen: Überfälle auf Flüchtlingslager der Palästinenser und Luftangriffe auf zivile, auch nicht-palästinensische Objekte in Syrien und im Libanon, Terrorisierung der arabischen Bevölkerung in den be - setzten Gebieten und in Israel, Verhaftungen, Folterungen und Hinrichtung opositioneller Juden und Araber. Die Absprachen zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR und den von ihnnen abhängigen Staaten Jordanien und Israel einerseits, Ägypten andererseits, mit dem Ziel, eine "friedliche Lösung" zur Aufrechterhaltung der imperialistischen Hegemonie und zur weiteren Unterdrückung,der arabischen Völker durchzusetzen, haben ein neues gefährliches Stadium erreicht. Die Die kapitulantenhaften bürgerlichen arabischen Regierungen benutzen die Gelegenheit, um die Selbständigkeit der Widerstandsbewegungen weiter zu untergraben und ihre mühsam erarbeitete Einheit zu sabotieren. Die palästinensische Revolution versucht mit allen Kräften,die ihr nach den ständigen Angriffen seitens der vereinigten imperialistischen, zionistischen und arabischen Reaktion (besonders seit der Niederlage im jordanischen Bürgerkrieg vom September 1970 und Juli 1971) verbliebenen Stellungen zu halten. Von einer revolutionären Offensive des palästinensischen Volkes kann gegenwärtig keinesfalls die Rede sein. Kann man aber davon sprechen,daß die palästinensische Revolution geschlagen ist? Oder ist ihre endgültige Niederlage nur mehr eine Lage der Zeit?

Fast möchte man meinen, daß es so ist. Die Reaktionäre stimmen bereits ein Freudengeheul an. Der israelische Generalstabschef Elazar erklärte einen Tag nach dem Massaker von Beirut, die "Neue Taktik " der israelischen Armee habe sich bestens bewährt. Zwar "können keine Einzelaktionen den arabischen Terror grundlegend stoppen," jede Aktion trage aber zum "Kummulativen Effekt " bei. Er schätze, daß die "Mitgliederschaft in allen Freischärlergruppen inzwischen (seit dem September 1972) von 20 000 auf 11 000 zurückgegangen sei." (Neue Zürcher Zeitung, 13.4.73) Zudem erlaubten die in den Wohnungen der drei ermordeten El Fateh erbeuteten Dokumente "die vollständige Liquidierung der Stellen...,die Operationen gegen Israel planten." Der ist raelische Geheimdienst befände sich jetzt im Besitz von höchst wichtigen Unterlagen, die "lückenlose Angaben über die Tätigkeit der palästinensischen Aktivisten im Gazastreifen, in Cisjordanien und im Ostteil Jerusalems liefern." (Neue Zürcher Zeitung, 13.4.73.)

Die libanesischen Reaktionäre – Helfershelfer der Zionisten

Mehr jedoch noch als von den direkten Folgen der ständigen Überfälle auf die Palästinenser , verspricht sich Israel von dem Druck, der dadurch auf die libanesische Regierung ausgeübt wird.So verkündete Elazar am 10.4. in Tel Aviv: "Die libanesische Regierung muß die nötigen Schlüsse ziehen aus der israelischen Aktion, weil es unmöglich ist, die Souveränität Libanons und seiner Hauptstadt zu respektieren, wenn dort den Terroristen volle Freiheit gewährt wird, sich auszubilden, und ihre Zentren und Hauptquatiere zu unterhalten." Die libanesische Regierung hat daraufhin auch die "richtigen Schlüsse" gezogen, die Elazar von ihr erwartete. Die libanesischen Reaktionäre , die schon seit langem versuchen, die noch relativ starken Positionen der Palästinenser im Libanon schrittweise zu schwächen, nahmen die Gelegenheit wahr, ihren konterrevolutionären Kurs zu vereinheitlichen und zu verstärken. Parlamentarischer Ausdruck dieser Verhärtung des Kurses der libanesischen Regierung gegenüber den Palästinensern war der erzwungene Rücktritt des MinisterpräsidentenSaeb Salam. Salam hatte kurz nach dem israelischen Überfall auf die Hauptquatiere der El Fateh und der demokratischen Volksfront die Absetzung der Armeeführung verlangt, die sich als unfähig erwiesen hatten, auf den israelischen Aggressionsakt zeitgerecht zu reagieren. Hier allerdings von bloßer "Unfähigkeit" zu sprechen, ist eine Untertreibung. Die zionistischen Mörder konnten zwei Stunden lang fast unbehelligt operieren. Der Verdacht liegt nahe, daß die israelische Aktion zumindest mit Wissen der libanesischen Armeeführung abgelaufen ist, wenn nicht mit direkter Unterstützung einiger hoher Regierungsbeamter. Eine Beteiligung der rechtsextremistischen, radikal anti-palästinensischen Falange-Partei bei dem Massaker liegt ebenfalls nahe, die Beteiligung der amerikanischen Botschaft in Beirut ist erwiesen.

Man kann auf jeden Fall davon ausgehen, daß die Existenz der palästinensischen Befreiungsbewegung im Libanon der libanesischen herrschenden Klasse ein Dorn im Auge ist.Abgesehen von der starken Abhängigkeit des Libanon vom westlichen Imperialismus, besonders von den USA, die sich selstverständlich auch auf der politischen Ebene widerspiegelt, ist das Image des Libanon als "Schweiz des Nahen Ostens" durch die palästinensische Widerstandsbewegung ziemlich unterhöhlt worden. Die palästinensischen Organisationen sind ein mobilisierendes Element für den Kampf der libanesischen Volksmassen gegen die Kapitalisten und Großgrundbesitzer, gegen die feudalistisch-kapitalistische Synthese der Unterdrückung.

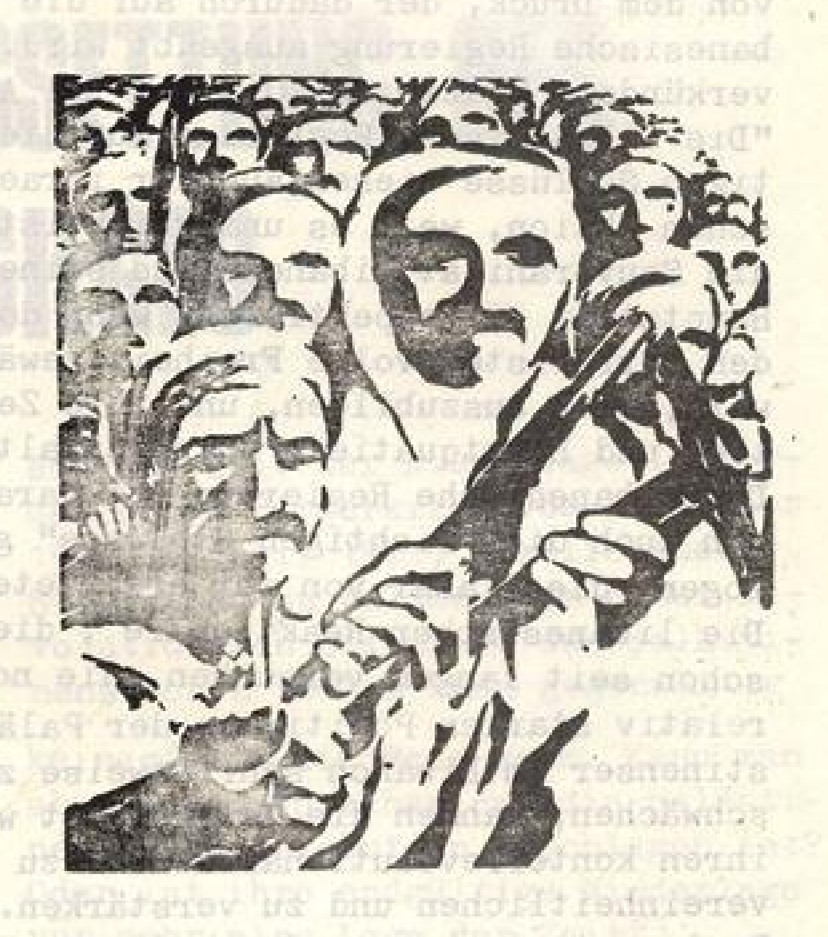


Ein härterer Kurs der libanesischen Regierung stellt zweifellos eine große aktuelle Bedrohung der Widerstandbewegung dar. Es wird jetzt für die Palästinenser immer schwieriger werden, die Widersprüche zwischen der verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse im Libanon auszunützen. Das parlamentarische System des Libanon ist konfessionalistisch, d.h. die Verteilung der Sitze im Parlament und der Regierungsämter erfolgt nach der Zugehörigkeit der Abgeordneten zu den verschiedenen Religionen und Sekten, von denen es

im Libanon 16 gibt. Von den 99 Parlamentssitzen erhalten die Maroniten jeweils 30, die Griechisch-Orthodoxen 11, die Griechisch-Katholiken 6, die Armenisch-Orthodoxen 4, die Armenisch-Kath. par'a die Drusen und die Nadschade i, die Protestanten 1, die Sunniten 20, die Schiiten 19, die Drusen 6, kleine Sekten einschließlich der Juden 1. Der Staatspräsident muß immer ein maronitischer Christ, der Ministerpräsident ein sunnitischer Mohammedaner sein. Auch die libanesischen Parteien vertreten, wenn auch inoffiziell, eine Konfession: so vertritt die faschistische Falange-Partei die Maroniten, die sozialistische Fortschrittspartei die Mohammedaner. Der Zwist innerhalb der herrschenden Klasse wird durch dieses System daher als Streit zwischen den verschiedenen Konfessionen verschleiert. Die Phase in der die Widerstandsbewegung dieses reaktionäre System für sich ausnützen konnte, indem sie vor allem die Mohammedaner gegen die Maroniten (die schon immer offen gegen die Palästinenser hetzten) ausspielen konnte und dadurch ein einheitliches Vorgehen der Reaktion verlangsamte, scheint jetzt zu Ende zu gehen. Mehr denn je ist es also für die palästinensische Revolution eine Existenzfrage, ob sich der revolutionäre Kampf der libanesischen Volksmassen gegen seine Unterdrücker entfaltet und so ein Druck auf die Regierung ausgeübt wird, der die Bewegungsfreiheit der Widerstandsorganisationen einigermaßen sicherstellt.

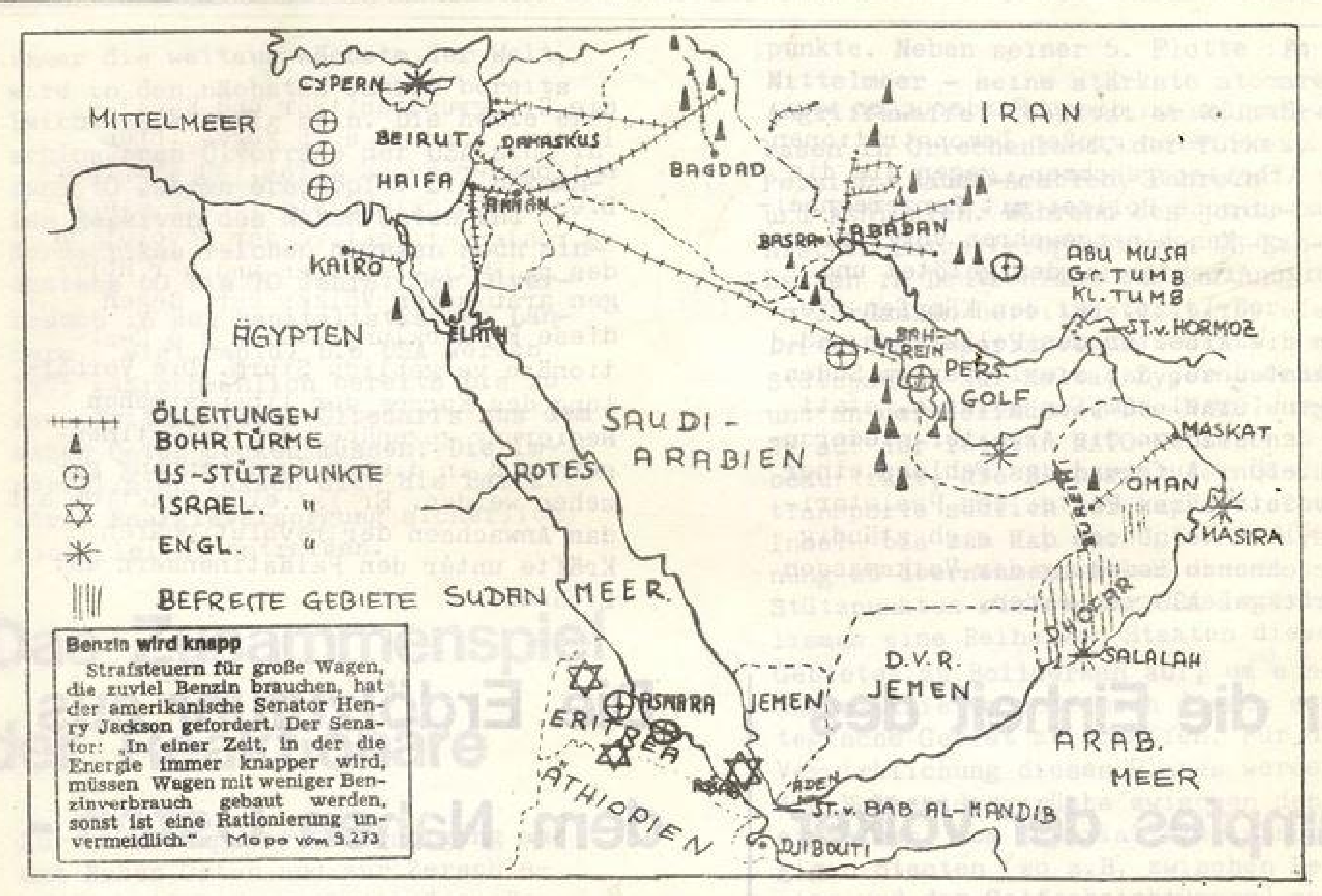
Die wirtschaftliche Lage im Libanon

Die libanesische Wirtschaft ist primär eine unproduktive Dienstleistungswirtschaft. Aus dem Dienstleistungssektor allein fließen 68 % des Volkseinkommens, der vergleichsweise höchste Prozentsatz der Welt. Die Ökonomie stützt sich wesentlich auf den Kapitalzufluß aus den benachbarten reaktionären ölproduzierenden Ländern. Diese, nur an kurzfristigen, gewinnmaximierenden Investitionen interessierten Banken, die darüberhinaus seit der Wirtschaftskrise im Jahre 1966 und dem mit dem Ausbruch des Junikrieges entstandenen Krise weiter in die Abhängigkeit der imperialistischen Wirtschaft geraten sind, haben kein Interesse an der Industrialisierung des Landes. Ihre Hauptkapitalanlage bildet der unproduktive Wohnungsbausektor.



Im Libanon bewirtschaften 91 % der Landeigentümer weniger als 5 Hektar, die meisten von ihnen sogar nur knapp 1 Hektar. 0,5 % bewirtschaften dagegen mehr als 100 Hektar.

Der Süden, zugleich das Gebiet, in dem die palästinensische Widerstandsbewegung ihre Basen hat, ist der wirtschaftlich unterentwickeltste Teil des Landes. Der Tabakanbau ist dort Monokultur und fest in den Händen der libanesischen Tabakmonopolgesellschaft. Diese stützt sich auf die Macht zweier feudalistisch-kapitalistischer Clans: die Al-Asads und die Al-Arsalans. Die Regis kann durch ihre monopolstellung ihre Kaufpreise diktieren; die Gendarmerie und die Armee sind ihre allgegenwärtigen Vollzugsorgane.



Um die für sie lebenswichtige Versorgung mit Erdöl abzusichern, unterhalten die Imperialisten eine Kette von Militärstützpunkten an strategisch wichtigen Stellen.

Der Kampf der libanesischen Volksmassen



Der durchschnittliche Arbeitstag der libanesischen armen Bauern und Landarbeiter umfaßt 10 - 16 Stunden. Eine libanesische Landarbeiterin erhält einen täglichen Lohn von 2 libanesischen Pfund (entspricht ca. 16 ö.S.). Aber die armen Bauern und Landarbeiter nehmen ihr Elend nicht gelassen hin. Der Kampf der ländlichen Bevölkerung gegen Großgrundbesitz und Kapital weitet sich aus. Im Herbst letzten Jahres und im Jänner dieses Jahres kam es zu ausgedehnten, blutigen Zusammenstößen zwischen den für ihre Forderungen demonstrierenden Tabakbauern und der libanesischen Armee und Polizei. Im Winter 1970/71 erhoben sich die armen Bauern im Norden des Landes zu einem bewaffneten Aufstand. Die führende Kraft in den Volkskämpfen ist aber auch im Libanon die Arbeiterklasse. In langen Kämpfen (Generalstreik!) konnten sie gegen Ende letzten Jahres Forderungen durchsetzen, die nur zu deutlich zeigen, unter welchen elenden Bedingungen die libanesischen Arbeiter zu leben gezwungen werden: 48 (!) Stundenwoche, 17 (!) tägiger bezahlter Urlaub pro Jahr, Anhebung der Mindestlöhne von 185 auf 205 lib.Pfund (=410 ö.S., und das bei Preisen, die am ehesten rechtfertigen den Libanon als die "Schweiz des Nahen Ostens" zu bezeichnen), Verbot für Kapitalisten und deren Agenten die Umkleide- und Waschräume der Arbeiterinnen willkürlich zu betreten, Verbot der erniedrigenden Durchsuchung der Arbeiter und Arbeiterinnen beim Verlassen der Fabrik u.ä. Im Verlauf

des Kampfes um diese Forderungen war es zu mehreren großen Demonstrationen der Arbeiter gekommen, gegen die die libanesische Polizei mit Panzereinheiten und Maschinengewehren vorging. Einige Arbeiter wurden getötet und viele verletzt. Bei den Kämpfen riefen die Arbeiter den Polizisten und Soldaten zu, daß sie lieber im Süden gegen Israel kämpfen sollten, statt in den Städten die Arbeiter niederzuschießen. Aufgrund des Fehlens einer revolutionären Partei des Proletariats, konnte jedoch die sich ständig ausdehnende Bewegung der Volksmassen zurückgeschlagen werden.

Für die Einheit des Kampfes der Völker Palästinas und des Libanon

Es ist kein Wunder, daß die libanesischen feudalistischen und kapitalistischen Ausbeuter in einer solchen Situation, die durch das Heranreifen der revolutionären Krise gekennzeichnet ist, die Existenz einer palästinensischen Befreiungsbewegung im Lande fürchten, die sich allmählich aus dem kleinbürgerlichen Befangensein in der Ideologie des palästinensischen Isolationismus und der Nichtintervention in "innerarabische Angelegenheiten" löst. Besonders der m.l. Flügel der Widerstandsbewegung, die Demokratische Volksfront (FPDLP) hat bereits bestimmte Fortschritte in der Herstellung der Kampfeinheit zwischen den palästinensischen und den libanesischen Volksmassen gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion erzielt. Die libanesischen Arbeiter und Bauern werden lernen, daß ihre Interessen die gleichen sind, wie die der palästinensischen Guerillas. Sie werden lernen, die Waffen zu tragen und nicht nur gegen die Großgrundbesitzer und Kapitalisten, sondern auch gegen ihren nationalen Feind Israel zu kämpfen. Diese Entwicklung stellt die einzige reale Perspektive der Revolution des palästinensischen und der übrigen arabischen Völker dar. Gegen diese Entwicklung laufen die Reaktionäre vergeblich Sturm. Die Verhärtung des Kurses der libanesischen Regierung gegenüber den Palästinensern muß in diesem Zusammenhang gesehen werden. Er ist eine Reaktion auf das Anwachsen der revolutionären Kräfte unter den Palästinensern und Libanesen.

Die Erdölzufuhr aus dem Nahen Osten - eine Existenzfrage für die Imperialisten

Was für die Revolution der Palästinenser und der Libanesen gilt, gilt ebenso für die Revolution der Ägypter, für den Volkskrieg im arabischen Golf und für die VR Südjemen. Es ist richtig, daß die palästinensische Revolution die Vorhut, die Speerspitze der gesamtarabischen Revolution ist. Und gerade als Vorhut wird sie auch isoliert nicht siegen können, genausowenig wie eine vom Schaft gebrochene Speerspitze keine wirksame Waffe gegen den Feind sein kann. Der Nahe Osten ist von höchstem Interesse für den Weltimperialismus. Hier liegen 60% der bekannten Welt-Erdölreserven. Von den 2153 Millionen Tonnen Öl, die jährlich in den westlichen Ländern gefördert werden, entfallen bereits jetzt schon 1070 Millionen Tonnen auf Nordafrika und den Nahen Osten. Japan und Westeuropa versorgen sich fast ausschließlich mit dem aus dieser Region stammenden Öl. Die Erdölproduktion der USA, z.Z. mit 15 Mill. Barrel pro Tag (1Barrel= 159 Liter) noch

immer die weitaus höchste der Welt, wird in den nächsten Jahren bereits leicht rückläufig sein. Die heute erschlossenen Ölvorräte der USA sind in rund 10 Jahren erschöpft. Die bekannten Reserven des Nahen Osten und Nordafrikas reichen dagegen noch mindestens 60 bis 70 Jahre. Der Ölverbrauch in den kapitalistischen Ländern steigt rapid. Die USA werden 1985 wahrscheinlich bereits bis zu zwei Drittel ihres Ölbedarfs aus dem Nahen Osten decken müssen. Die Imperialisten lassen sich die Basis ihrer Energieversorgung sicherlich nicht leicht entreißen.

Das Zusammenspiel der Reaktionäre

Zur Sicherung der Ölversorgung aus dem Nahen Osten und zur Zerschlagung jeglicher revolutionärer Bewegungen im Gebiet besitzt der USA-Imperialismus ein ausgedehntes Netz mobiler und stabiler Militärstützpunkte. Neben seiner 6. Flotte im Mittelmeer - seine stärkste atomare Angriffswaffe - besitzt er Militärbasen in Griechenland, der Türkei, Persien, Saudi-Arabien, Bahrein und Äthiopien. Während des jordanischen Bürgerkrieges waren US-Einheiten in Deutschland zur Landung in Jordanien bereitgestellt. Der britische Imperialismus besitzt Stützpunkte auf Malta, Zypern, Oman und an der Golfküste. Die NATO wurde auf der letzten NATO-Konferenz beauftragt, die Sicherung der Öltransporte südlich der kapverdischen Inseln bis zum Kap der Guten Hoffnung zu übernehmen. Neben diesen Stützpunkten rüstet der USA-Imperialismus eine Reihe von Staaten dieses Gebietes zu Bollwerken auf, um eine Gürtellinie um und durch dieses strategische Gebiet zu schaffen. Für die Verwirklichung dieses Planes werden die Nebenwidersprüche zwischen den einzelnen, vom Imperialismus abhängigen Staaten (so z.B. zwischen Persien und den Golfscheichtümern) aufgehoben. Israel, dem klassischen Wachhund des Imperialismus in diesem Gebiet, kommt eine zentrale Rol-



Eines der Flüchtlingslager in denen die Palästinenser schon seit 20 Jahren leben müssen.

le zu. Neben der Aufgabe, die umliegenden Befreiungsbewegungen zu bekämpfen, erstreckt sich seine Kontrolle auch auf das Gebiet des Roten Meeres. Israel unterhält 3 Militärstützpunkte in Eritrea und leistet darüberhinaus Militärhilfe für Äthiopien. Mehrere israelische Offiziere sind inzwischen dort in die Gefangenschaft der Eritreischen Befreiungsbewegung geraten. Persien, Saudi-Arabien und Jordanien unterstützen zusätzlich zu ihrer "Leistung" bei der Niederschlagung der revolutionären Befreiungsbewegungen im eigenen Land auch noch Militärhilfe für die arabischen Golfstaaten gegen die dortige Befreiungsbewegung.

Durch Einheit zum Sieg

Das strategische Zusammenspiel der Imperialisten, Zionisten und arabischen Reaktionäre in diesem Raum macht die Einheit des Kampfes der arabischen Völker zu einer politischen und militärischen Existenzfrage.

Zugleich sind die Erfolge der Revolution in einem dieser Länder die Basis für ein siegreiches Fortschreiten der Kämpfe der Volksmassen in den anderen Ländern, und zeitweilige Rückschläge in einem Land können beileibe noch nicht die Herrschaft der Imperialisten garantieren. Die am meisten fortgeschrittenen revolutionäre Bewegung im Nahen Osten, die palästinensisch-jordanische nationale Einheitsfront und die Volksfront.zur Befreiung des Arabischen Golfs (PFLOAG) orientieren sich auf die Herstellung der Einheit der gesamtarabischen Revolution. Diese Revolution wird nicht durch die rasche Machtübernahme der Völkergekennzeichnet sein, sondern wird eine lange Zeit für sich in Anspruch nehmen.

Nicht individualistische Heldentaten, sondern der sich beharrlich entwickelnde, langandauernde revolutionäre Volkskrieg, der den Feind zermürbt, ist der Weg zum Sieg der Völker des Nahen Ostens über Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion. Die barbarischen Repressionsmaßnahmen der Imperialisten werden die Völker in ihrem Kampf zwar zeitweise schwächen, aber niemals ihre Kampfentschlossenheit vernichten können. Im Gegenteil. sie stärken nur den Haß der Völker gegen den Imperialismus, der mit jedem neuen Verbrechen seinem Untergang einen Schritt entgegengeht.

»Studienbeschleunigung« wichtiger Faktor der kapitalistischen Hochschulreform

In der Osterwoche hat Minister Firnberg einen schweren Angriff auf die Studienbedingungen der Studenten gestartet. Sie hat in einem Interview neue Pläne zur Straffung der Studienzeiten dargelegt. Diese betreffen die Frage der Studiendauer, genauer gesagt, die ALTBEKANNTE Tatsache, daß nur wenige Studenten ihr Studium innerhalb der Mindestsemesteranzahl abschließen. Nach Firnbergs Angaben beenden nur 2% der Studenten in dieser Zeitspanne ihre Hochschulausbildung.

Jeder Student weiß, daß man für ein intensives Studium, während dem man nicht nur die professorale Meinung auswendig lernt und von Prüfung zu Prüfung hetzt, sondern auch eine zumindest halbwegs kritische Aufarbeitung des Fachgebiets betreibt, in den meisten Fällen länger braucht als die vorgeschriebene "Mindestsemesteranzahl". Es gibt auch Fächer, in denen es sogar die ausdauerndsten Kriecher schwer haben, in dieser Zeit fertig zu werden (vor allem in technischen Studienrichtungen).

Firnberg hatte nun die Stirn, die Mindestanzahl an absolvierten Semestern mit dem rechtzeitigen Studienabschluß gleichzusetzen und dann die Säumigkeit der Studenten herauszustreichen. Sie sprach dann von Maßnahmen, die die Erreichung des Studienziels in "vorherzusehender Zeit" gewährleisten. So müßten die Anforderungen an die Studenten erhöht werden. Gleichzeitig sollte eine Begrenzung der Studiendauer ein "endloses" Studium verhindern. Der Studienwechsel müßte auf die Anfangssemester beschränkt werden, weil ein späterer Wechsel die Studienzeit stark verlängert (15% der Studierenden wechseln das Studium). Schließlich hob die Frau Minister hervor, daß"endloses, erfolgloses Weiterstudieren" eine "Verschwendung von Steuergeldern" sei.

Der Zweck der Straffung der Studienzeit

Der Hinweis auf die Steuergelder verrät ganz deutlich einen wesentlichen Grund der Ankündigung eines Angriffs auf die Studienbedingungen der Studenten. Das besondere Herausstreichen der geringen Abschlüsse in der Mindestsemesterzahl ist ein demagogischer Trick, um der Nennung der tatsächlichen Gründe für die beabsichtigten Maßnahmen auszuweichen.

Die Verkürzung der Studiendauer hat innerhalb der kapitalistischen Hochschulreform eine große Bedeutung. Ein beachtlicher Teil der staatlichen Maßnahmen bezüglich der Hochschulen in unserem Lande konzentriert sich darauf. Die wichtigste Maßnahme davon ist bislang die Einführung des Diplomstudiums,die eine Trennung in Kurz- und Langstudium mit sich bringt. Die Vorschreibung der zu besuchenden Lehrveranstaltungen in Studienordnungen und Studienplänen sowie die Firnbergschen Vorstellungen über individuelle Studienbeschleunigung (wobei neben den oben genannten auch noch der Aufbau einer "begleitenden Studienberatung" in Erwägung gezogen wird) sind weitere Faktoren zur Verkürzung der Studiendauer.

Die Reduktion der Studiendauer ist eine Maßnahme des kapitalistischen Staates. Der Staat, der die oft verschiedenen Interessen der Kapitalisten auf einen Nenner zu bringen hat, vernachlässigt systematisch all jene Bereiche, die für die Kapitalisten nicht unmittelbar Profite bringen. Dazu gehört auch das Ausbildungswesen. Ausgaben dafür sind ein

"notwendiges Übel", die immer nur das gerade notwendige Minimum erreichen. Da das Kapital und der kapitalistische Staat einigermaßen ausgebildete Arbeitskräfte brauchen, besteht die Notwendigkeit zu solch unproduktiven Ausgaben. Die staatlichen Organe wenden aber alle Kraft dafür auf, sie möglichst gering zu halten. Das hat mit Sparsamkeit, wie Firnberg der Bevölkerung einreden möchte, überhaupt nichts zu tun. Im Gegensatz zu den niedrigen Ausgaben im Ausbildungssektor, aber auch im Gesundheitswesen oder Wohnungsbau werden Unsummen (von den Steuergeldern, die alle bezahlen) zur Stützung von Industriebetrieben ausgegeben, erhalten Industriebetriebe bei Neugründungen große Vergünstigungen, um die Profite der Kapitalisten zu erhöhen. In vielen Ländern, wie etwa in der BRD, werden riesige Summen in die Rüstungsindustrie gepumpt, während der Ausbau der Universitäten (Konstanz, Oldenburg, etc.) eingestellt wird - mit der frechen Behauptung, daß kein Geld da sei! Die Studienzeitbeschränkung ist nun in erster Linie eine Maßnahme, um die Kosten der Ausbildung zu senken. Die Ausbildung von Akademikern ist für das Kapital eine kostspielige Angelegenheit, kostet sie doch ein vielfaches der "normalen Bildung" der anderen Teile der Bevölkerung.

In Österreich besteht gegenwärtig ein großer Bedarf an Akademikern. Die Wirtschaft befindet sich in einem weitreichenden Veränderungsprozeß. Österreich wird in steigendem Maße in den kapitalistischen Weltmarkt einbezogen. Die EWG-Assoziation ist ein wichtiger Schritt dazu.

Erhöhter Bedarf an Akademikern bedeutet Erhöhung der Anzahl der Studierenden und bedeutet Erhöhung der Gesamtkosten der Ausbildung für den Staat. Um die Kosten möglichst niedrig zu halten, sieht sich Firnberg gezwungen, Wege zu finden, um das von den Kapitalisten unerwünschte Anschwellen der Bildungsausgaben zu verhindern oder zumindest zu dämpfen. In der Erhöhung der Studiengeschwindigkeit hat sie ein solches Mittel gefunden. Denn - je schneller der Student fertig ist, desto geringer die Kosten. Außerdem haben die Kapitalisten und ihre Staatsagenten, an die ca 2/3 der Absolventen der Hochschule ihre Arbeitskraft verkaufen, ihre Freude daran, wenn die jungen Akademiker früher für sie "profitabel" sind. Nicht nur das: wir dürfen nicht vergessen, daß die Erhöhung der Akademikerzahl eine unmittelbare, kurzfristige Forderung der Kapitalistenklasse darstellt. Die Kapitalisten brauchen die Akademiker jetzt und nicht etwa erst in 10 Jahren. Schneller studieren bedeutet den derzeitigen Bedarf des österreichischen Kapitals ehebaldigst zu decken.

Hier zeigt sich, welch jämmerliche Rolle die Bildungsplanung im Kapitalismus spielt. Der kapitalistische Staat ist außerstande, langfristige Planungskonzepte zu entwerfen. Denn auch die Bildungsplanung ist abhängig vom Krisenzyklus. Das "konjunkturgerechte" Verhalten Firnbergs ist, zieht man den guten Vergleich mit dem derzeitigen Verhalten der Schulpolitiker bezüglich der höheren Schulen heran, ein gutes Beispiel für die aus der Anarchie der kapitalistischen Produktionsverhältnisse erwachsende prinzipielle Planungsunfähigkeit des Staates. Während Firnberg den derzeitigen großen Bedarf an Akademikern irgendwie herbeischaffen soll, überlegen ihre Parteifreunde, wie sie den "ungeheuren Ansturm" auf die Mittelschulen abbremsen sollen, weil der steigende Bedarf an Maturanten bald gedeckt ist. Während Firnberg in dem Interview "das Recht jedes jungen Menschen zu studieren" als besonderen Verdienst Österreichs und wohl ihrer Partei herausstreicht, planen Leute vom gleichen Schlage die drastische Beschränkung des erst vor wenigen Jahren erleichterten Zugangs zu den Mittelschulen (durch Tests, stärkere Selektion durch die Volksschullehrer) und schicken sich an, ihre so oft gedroschene Phrase des "gleichen Rechts auf Bildung" wieder einmal zu vergessen, um ihrer Aufgabe als Agenten des Kapitals gerecht zu werden. Man sieht deutlich, daß die "progressive" Haltung der SPÖ nur das Mäntelchen ist, um die Interessen der Kapitalistenklasse besser vertreten zu können; ihre Worte nichts anderes als Phrasen sind, um die volksfeindliche Politik, die sie betreibt, zu verschleiern.

Gefahr des Numerus Clausus

Wie zynisch die Frau Minister ihre Demagogie flicht, geht aus einem weiteren Ausspruch im Interview hervor. Sie rühmte die Tatsache, daß Österreich als ei-

nes der ganz wenigen westlichen Länder keinen Numerus Clausus einführe und benützt dies als Argument,daß deshalb die Studenten eine"gehörige Portion Fleiß" mitbringen und schneller das Studium abschließen müßten. Wieder ein Trick, um fortschrittlich zu erscheinen. Denn der Numerus Clausus wurde in den westlichen Ländern nicht eingeführt, weil die Studenten zu faul waren, sondern weil eine wirtschaftliche Rezession den Bedarf an Akademikern senkte und damit auch für den Staat Mittel notwendig wurden, die Steigerung der Anzahl der Studierenden zu beschränken.

Genau das steht auch in derselben "AZ" vom 19. April, in der auch das Firnberginterview gebracjt wird, und zwar in einem Artikel über die Studienreform in Schweden. Der Verfasser des Artikels meint einleitend, daß zwar "in Österreich die Probleme anders gelagert sind",aber es doch interessant sei, das schwedische System zu betrachten,"besonders, weil auch bei uns der Numerus Clausus durch die Diskussion geistert." Die Unterschiede zwischen Österreich und Schweden macht er auch deutlich: in Österreich studieren von 7 Millionen Einwohnern 62000, in Schweden von 8 Millionen 120000. In den letzten 8 Jaheren hat sich die Studentenzahl Schwedens verdreifacht. Angesichts einer Wirtschaftskrise haben sich die staatlichen (sozialdemokratischen) Organe gezwungen gesehen, für alle Fächer den Numerus Clausus einzuführen. Der Numerus Clausus steht im Falle einer wirtschaftlichen Rezession - und die kommt ganz bestimmt - auch uns ins Haus. Der Numerus Clausus bringt eine empfindliche Beschränkung der Zulassung zum Studium aufgrund der Maturanoten (!!). Er ist für viele junge Menschen eine Katastrophe und stellt eine glatte Verhöhnung "des Rechts jedes jungen Menschen auf ein Studium" (auf das Firnberg sich jetzt bei uns noch großspurig pochen traut) dar. In Deutschland ist der Numerus Clausus jetzt generell eingeführt worden. In Frankfurt braucht man für Chemie einen Maturanotendurchschnitt von 2,14 , für Psychologie 1,76 und für Medizin -kein Druckfehler! - 1,19. Jedenfalls können in Deutschland von allen Bewerbern nur mehr Medizin 15%, Psychologie 7% und Pharmazie 19% studieren, auch in den Lehramtsstudien sind die Zulassungsbeschränkungen eingeführt und mittlerweile noch verschärft worden.

Wir sehen also, der Numerus Clausu und die jetzt bei uns bevorstehende Erhöhung der Studiengeschwindigkeit sind Maßnahmen, die in unterschiedlichen Abschnitten der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft eingesetzt das gleiche bezwekken: Sicherung und Verbesserung der Profite der Unternehmer. Sie haben gemeinsam, daß sie Bestandteil der volksfeindlichen Politik der sozialdemokratischen Regierungen der bürgerlichen Parteien sind, die die Ausbildung der jungen Menschen im Dienste des Kapitals gewährleisten. Die "Studienbeschleunigung" und die Aussicht auf den Numerus Clausus in Österreich richten sich gegen die Interessen des Volkes.

Die Studenten erfahren eine große Verschlechterung ihrer Studien- und Lebensbedingungen. Die "Beschleunigung" bringt eine Verschärfung des Leistungsdrucks, der Selektion und Kontrolle mit sich. Außerdem verstärkt sich die ideologische Formierung der Studentenschaft, weil jedes kritische Aufarbeiten der Studieninhalte zumindest stark eingeschränkt, wenn nicht gar verhindert wird. Das ist für eine Ausbildung im Dienste des Kapitals sehr wichtig: schließlich sollen die Studenten einmal wichtige Funktionen in diesem System erfüllen. Als Ärzte etwa sollen sie sich später einmal nicht um die Gesundheit der breiten Volksmassen kümmern, sondern in erster Linie reiche Privatpatienten verhätscheln, als Juristen nicht den oft sozial- und milieubedingten Hintergrund von Straftaten berücksichtigen, dafür aber Hintertürchen austüfteln, um straffällig gewordene Unternehmer oder parlamentarische "Volksvertreter" ungeschoren zu lassen, als Lehrer nicht auf die besonderen Probleme jedes Schülers eingehen, sondern möglichst viele hinaussäubern, wenn zu wenig Platz an den Schulen ist.

Die Maßnahmen richten sich daher gegen das ganze Volk. Sie richten sich aber auch insofern gegen das Volk, indem sie das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse erhalten und der großen Masse der Bevölkerung das Recht auf Bildung drastisch einschränken.

Sie richten sich ganz besonders gegen die Arbeiterklasse, die am stärksten durch den versperrten Zugang zur höheren Bildung in Mitleidenschaft gezogen wird (nur ganz wenige Studenten stammen aus der Arbeiter-

klasse) und deren Lage durch diese Maßnahmen weiter verschlechtert wird.

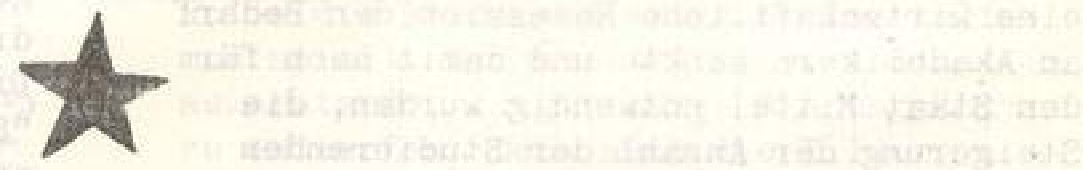
KÄMPFEN WIR DAHER GEGEN DIE ERHÖHUNG DER STUDIENGESCHWINDIGKEIT!

KÄMPFEN WIR GEGEN DIE KAPITALISTISCHE HS-REFORM!

LASSEN WIR UNS VON DER SOZIALDEMOKRATIE UND IHREN FREUNDEN AN DER HOCHSCHULE NICHTS VORGAUKELN!

GEGEN DIE AUSBILDUNG IM DIENSTE DES KAPITALS!

FÜR EINE AUSBILDUNG IM DIENSTES DES VOLKES!



"DAS IST MEIN GELIEBTER SOHN, AN DEM ICH GROSSE FREUDE HABEN WERDE!"

DIE AUFGABEN DER REVOLUTIONÄREN BEWEGUNG IM IRAN

VORBEMERKUNG:

In den letzten 3 Jahren hat sich die revolutionäre Bewegung der iranischen Völker weiter entwickelt. Die Massendemonstrationen, die Entwicklung der Arbeiter- und Studentenbewegung, der totale Bankrott der sogenannten "Weißen Revolution", die Folterungen und Erschießungen, von denen sogar die reaktionäre österreichische Presse immer öfter berichten muß und schließlich die immer stärker werdenden Klassenwidersprüche der iranischen Gesellschaft - all das macht eine genaue Untersuchung und Analyse der antiiperialistischen, demokratischen Bewegung im Iran immer wichtiger.

Obwohl die "Cisnu" (Confederation Iranischer Studenten - National Union" - eine fortschrittliche Organisation iranischer Studenten im Ausland) bis jetzt in nicht unerheblichem Maße die soziale und politische Situation im Iran der Weltöffentlichkeit darstellte, fehlt es noch immer an einer genaueren Untersuchung von marxistisch-leninistischer Seite, die die Entwicklung im Iran mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus analysiert.

Wir haben daher die letzten politischen Ereignisse - die Erschießung von 65 Studenten während der großen Demonstrationen gegen die gewaltigen Waffenkäufe des herrschenden Regimes in der Höhe von 2 Milliarden Dollar - zum Anlaß genommen, eine genauere Analyse der revolutionären Bewegung im Iran zu erarbeiten. Dieser Artikel kann natürlich nicht auf alle Fragen der antiimperialistischen, antifeudalen Revolution im Iran eingehen, es wird hauptsächlich versucht, die wesentlichen Probleme zu behandeln, Fragen die für die iranische Revolution, und damit auch für unsere konsequente Unterstützung von größter Relevanz sind.

Trotz des seit 3 Jahren anhaltenden Aufschwungs der revolutionären Bewegung, ist sie im Großen und Ganzen immer noch spontan. Was heißt das? Das heißt, daß diese revolutionäre Bewegung, deren Aufgabe die Durchführung der neudemokratischen Revolution ist, immer noch keine feste revolutionäre politische Führung hat, daß die Kräfte immer noch zersplittert sind, sich noch keine kommunistische Führung herausgebildet hat.

Wenn die Bewegung spontan ist, dann ist die zentrale Aufgabe der iranischen Marxisten-Leninisten die Gründung und der Aufbau einer kommunistischen Partei, welche die Revolution führt, denn alle historischen Erfahrungen haben gezeigt, daß ohne eine revolutionäre Partei, die mit einer revolutionären Theorie gewappnet ist, keine Revolution siegreich zum Ziel geführt werden kann. Um die allseitige Führung der Arbeiterklasse in der neudemokratischen Revolution durchsetzen und die Weiterführung der Revolution zum Aufbau des Sozialismus erreichen zu können, ist der Aufbau einer kommunistischen Partei unerläßlich. Für die iranischen Kommunisten muß jedes politische Ereignis von diesem Gesichtspunkt aus untersucht werden, wir müssen jeden Schritt auf dem Weg zum Aufbau der Partei unterstützen.

Unser Artikel teilt sich in zwei Teile: im ersten Teil werden wir uns mit der Geschichte der revolutionären Bewegung befassen, mit der 20-jährigen Diktatur des Reza-Schah (dem Vater des jetzigen Schah), dem Aufschwung der demokratischen Bewegung unter Mosadegh, der Tätigkeit der Toudeh-Partei sowie der Niederlage der demokratischen Bewegung durch durch den CIA-Putsch und dem folgenden konterrevolutionären Terror, und werden in allgemeinen Zügen eine Einschätzung der sozialpolitischen Situation im heutigen Iran geben, v.a. der "Weißen Revolution".

Dieser Teil wird zeigen, daß die iranische Revolution ihrem Inhalt nach immer noch eine demokratische ist, daß die Agrarrevolution ("Das Land denen, die es bebauen") ihre wesentliche Aufgabe ist. In diesem Zusammenhang werden wir auch die Fragen der Gründung der Kommunistischen Partei besser verstehen können.

Im nächsten Teil (in der folgenden KHZ) werden wir uns dann mit der aktuellen Lage der revolutionären Bewegung befassen.

1. DIE IMPERIALISTISCHE UNTERWERFUNG DES IRAN

Der Iran wurde am Ende des 19. Jahrhunderts der ökonomischen und politischen Herrschaft des deutschen Imperialismus und russischen Zarismus unterworfen. Obwohl auch holländische und französische Kapitalgesellschaften ihre Hände im Spiel hatten, war die Abhängigkeit von England und Rußland unvergleichlich größer. Zu dieser Zeit hatte sich die Warenwirtschaft bereits im Schoße des feudalistischen Systems entwickelt und die ersten Anzeichen einer Entwicklung des Kapitalismus in Form der Manufaktur machten sich bemerkbar. Das eindringende ausländische Kapital verhinderte aber die normale, selbständige Entwicklung der einheimischen Bourgeoisie und und machte die iranische Wirtschaft völlig von den imperialistischen Mächten abhängig.

Diese Expansion des imperialistischen Kapitals brachte wesentliche Änderungen in der sozialen, ökonomischen und politischen Sturktur des Iran mit sich. 1901 brachten die Engländer die Erdölfelder im Süden Irans in ihren Besitz und nahmen 1912 den Bau von Erdölraffinerien in Abadan in Angriff. Im Norden rissen die Russen die Fischereirechte an sich und bauten Verarbeitungsanlagen auf. Diese und andere industielle Einrichtungen beschleunigten die Entwicklung des industriellen Proletariats aus den Reihen der armen Bauern und Handwerker. Die Erdölanlagen im Süden wurden zu einem Zentrum der iranischen Arbeiterbewegung und das dort arbeitende Proletariat ist auch heute ein wesentlicher Faktor der Arbeiterbewegung der iranischen Völker. Die Wachstumsgeschwindigkeit des iranischen Proletariats war also unmittelbar mit dem Eindringen des ausländischen Kapitals verbunden.

Obwohl das Eindringen des imperialistischen Kapitals durch die teilweise Zerstörung der Grundlagen der alten feudalen Wirtschaft das Wachstum des nationalen Kapitals begünstigte, wurde es andererseits aufgrund seiner Größe und Stärke zu einem Hindernis für die Entwicklung der einheimischen Bourgeoisie. Der Imperialismus unterwarf den Iran der imperialistischen Arbeitsteilung und zerstörte dabei sehr schnell die traditionellen gesellschaftlichen Strukturen, die alte Arbeitsteilung im Land selbst. Wie in allen vom Imperialismus unterworfenen Feudalgesellschaften konnte sich daher auch im Iran kein ausgedehnter innerer Markt herausbilden, der eine "eigenständige" Entwicklung zum Kapitalismus ermöglicht hätte - so wurde der Iran eine vom Imperialismus völlig abhängige halbkoloniale und halbfeudale Gesellschaft. Die einheimische Bourgeoisie, der die wichtigsten Zentren der Industrie durch die wirtschaftliche Stärke des ausländischen Kapitals versperrt blieben, wollte sich freilich nicht kampflos ergeben. Sie begann dem Imperialismus gegenüber Widerstand zu leisten, indem sie versuchte, die Kontrolle über den inneren Markt, die Zollpolitik, die Rohstoffgewinnung zu erreichen und die politische Macht an sich zu reißen.

2. DER WIDERSTAND DER NATIONALEN BOURGEOISIE

Als Beginn des Widerstands der nationalen Bourgeoisie ist die Tabak-Bewegung anzusehen. 1890 brachten die Engländer die Tabakerzeugung und Verarbeitung in ihre Hände. Am 22.Mai 1891 protestierten die Völker Irans, v.a. im Tebris, dem Zentrum dieser Bewegung, gegen diesen Vertrag. Die Führung gegen die imperialistische Ausplünderung lag in den Händen der nationalen Bourgeoisie. Nach zweijährigen Auseinandersetzungen sah sich der König gezwungen, diesen Vertrag zu annullieren, die nationale Bourgeoisie hatte damit einen Sieg errungen, der nur die Einleitung für weitere Auseinandersetzungen war.

Diese Kämpfe zur Zurückdrängung und Vertreibung des ausländischen Kapitals

führten schließlich zur konstitutionellen (Maschrute-)Revolution, die sich in 2 Perioden unterteilen läßt. Sie begann am 4.August 1906, war im wesentlichen friedlich und führte zur Bildung einer konstitutionellen Monarchie. Die zweite Periode setzte mit dem Tod des Königs Mosafr

Königs Mosafared in Schah und der Machtübernahme seines Sohnes Mohamed in Schah, wenige Monate nach der Unterzeichnung des Erlasses zur Einrichtung des Parlaments ein. Mohamed in Schah versuchte das Parlament, das ohnehin kaum Rechte hatte, wieder abzuschaffen, um das Land ungestört an die Imperialisten verkaufen zu können. Der erste derartige Versuch scheiterte am Widerstand der iranischen Völker; dabei wurde der Ministerpräsident, ein williges Werkzeug der Imperialisten, getötet. Am 22.Juni 1908 gelang es schließlich, das Parlament mit Hilfe russischer Kosaken auseinanderzujagen, wobei das Parlamentsgebäude durch Artilleriebeschuß teilweise zerstört wurde. Daraufhin setzten im ganzen Land bewaffnete Kämpfe ein. Den Aufständischen gelang es, am 12.Juli 1909 Teheran zu besetzen. Die Führung hatten die gemäßigten Teile der Bourgeoisie, der Schah mußte nach Rußland fliehen.

Diese Revolution hatte unter der Führung der gemäßigten Bourgeoisie gestanden, also jenes Teils, der selbst noch große feudale Güter besaß. Deshalb war es selbstverständlich, daß die Revolution nichts dazu beitrug, die feudalen Verhältnisse zu beseitigen. Wie in anderen halbkolonialen und halbfeudalen Ländern ist auch die iranische Bourgeoisie im Zeitalter des Imperialismus wegen ihrer ökonomischen und politischen Schwäche und den daraus resultierenden Schwankungen nicht imstande gewesen, eine demokratische Revolution durchzuführen. Diese Revolution hat die Lösung zweier Hauptwidersprüche zum Inhalt: die restlose Durchführung der Agrarrevolution zur Zerschlagung der feudalen Strukturen auf dem Lande, sowie die völlige Vertreibung des Imperialismus. Das bestätigt einmal mehr, daß der Erfolg dieser Bewegung restlos davon abhängt, welche daran beteiligten Klassen, das Proletariat, die Bauern, Kleinbauern oder die Bourgeoisie,an der Spitze dieser Revolution stehen, ob die Führung der Revolution in den Händen der Arbeiterklasse und ihrer Partei ist oder nicht.

3. DIE IRANISCHE SOZIALDEMOKRATIE

Die iranische Sozialdemokratie, die sich unter dem Einfluß der russischen Sozialdemokratie entwickelt hatte, spielte in der antiimperialistischen, antifeudalen Bewegung des Iran eine bedeutende Rolle und war immer der konsequenteste Teil dieser Bewegung. Sie entwickelte sich am Vorabend der bürgerlich-demokratischen Revolution Rußlands 1905/07. Die sozialdemokratischen Ideen waren in den Iran hauptsächlich durch die in Europa und Rußland studierenden iranischen Intellektuellen, durch die 60.000 iranischen Arbeiter in Rußland, die aktiv an der bolschewistischen Bewegung beteiligt waren, sowie durch die russische Sozialdemokratie selbst verbreitet worden. Die siegreiche Oktoberrevolution, die in einem Sechstel der Welt die Herrschaft des Imperialismus beseitigt hatte, beeinflußte die antiimperialistische Bewegung der Völker im Osten nachhaltig. 1916 war die sozialdemokratische Partei des Iran gegründet worden - die Gerechtigkeitspartei, die 1918 schon 6.000 Mitglieder zählte und bei bewaffneten Aufständen aktiv beteiligt war. 1920 nannte sie sich bei ihrem ersten Kongreß in Kommunistische Partei um. So wurde entsprechend der historischen Notwendigkeit und inspiriert durch den Kanonendonner der Oktoberrevolution die kommunistische Partei gegründet - als notwendiges Resultat der Entwicklung der iranischen Sozialdemokratie.

Indem sie sich auf die allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus, die Erfahrungen des Weltproletariats stützte, vor allem des russischen,und eine konkrete Analyse im eigenen Land leistete, konnte die KP zu einer korrekten Einschätzung der sozialen und politischen Verhältnisse des Iran kommen und die Etappe der Revolution als nationaldemokratische richtig bestimmen. Dadurch konnte sie sich auch für eine gewisse Zeit an die Spitze der revolu-

tionären Bewegung stellen. Die wesentlichen Punkte der korrekten Einschätzung waren:
Die Einschätzung der iranischen Revolution als eine Revolution in einem halbkolonialen, halbfeudalen Land.
"Der Iran ist ein halbkoloniales Land, das angeblich seine Unabhängigkeit behalten hat" (Beschlüsse des II.Kongresses der KP Irans 1927).
Zu dieser richtigen Einschätzung war man allerdings erst nach längeren Auseinandersetzungen gelangt. Mit dem Sieg der Oktoberrevolution in Rußland und der Gründung der jungen Sowjetrepublik verlagerte sich das Kräfteverhältnis zugunsten der proletarischen Revolution und der Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker. Die Politik der direkten imperialistischen Aggression durch die 14 imperialistischen Mächte zur Zerschlagung der ersten proletarischen Macht auf der Welt war gescheitert. Aufgrund dieser Niederlage gingen die imperialistischen Mächte zur langwierigen ökonomischen und politischen Einkreisung über, um die Sowjetrepublik auszuhungern. Die traditionelle Politik Englands zur Beherrschung des Iran war bis zu diesem Zeitpunkt durch das Ausnutzen der Widersprüche zwischen den einzelnen großen Feudalherren gekennzeichnet gewesen, um eine starke Zentralgewalt zu verhindern. Die Politik der langwierigen Einkreisung verlangte aber jetzt, daß sich in den Ländern, die die Kette dieser Einkreisungen bilden sollte, eine starke Regierung herausbilde, weswegen sich auch die Politik Englands im Iran veränderte. Ein Kind dieser neuen Politik war Reza Khan, der Vater des heutigen Schah, als neuer Vasall des englischen Imperialismus verkörperte er die Zentralgewalt, die die Einheit des Landes sicherstellen sollte: von dieser Zeit an kann man daher die Herausbildung einer starken Regierung und das Vorherrschen einer Politik der Unterdrückung der Stammesfehden sehen. Die falsche Einschätzung dieser veränderten imperialistischen Politik durch die KP führte dazu, daß die Machtübernahme Rezas anfänglich als Machtübernahme der nationalen Bourgeoisie eingeschätzt wurde. Die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Iran warf diese Ansicht aber über den Haufen und brachte die Wahrheit ans Tageslicht, und die Partei korrigierte am II.Kongreß 1927 diese falsche Ansicht.

"Solche Auffassungen, die den Putsch von Reza Khan als Sturz des feudalen Regimes und als Herstellung der Regierung der Bourgeoisie ansehen, muß man unbedingt als opportunistisch und als reaktionäre Auffassungen brandmarken."
Damit war klar, daß die Diktatur Reza eine Diktatur im Interesse der Feudalen und des Imperialismus war. Die notwendige Konsequenz war daher:
"Aufgrund des Gesagten stellt sich die KP die Aufgabe, dieses feudale und klerikale Regime zu stürzen und die völlige Vertreibung des englischen Imperialismus und die völlige Unabhängigkeit des Landes zu erreichen."
Weiter:
"Die Erfahrungen der Kämpfe der Bauern der letzten Jahre für ihre Interessen haben gezeigt, daß der einzige Weg dieses Kampfes die siegreiche Agrarrevolution ist."
Das Zusammenspiel zwischen Feudalismus und Imperialismus wurde also gesehen und erkannt, daß ohne Agrarrevolution, die das feudale Eigentum an Grund und Boden zerschlägt und das Land der Feudalen in die Hände der Bauern übergehen läßt, die imperialistische Herrschaft nicht gestürzt werden kann, weil der Imperialismus sich gerade auf die herrschenden feudalen Verhältnisse im Dorf stützt, und sie, indem er sie in halbfeudale umwandelt, ins Extrem steigert.

Die Notwendigkeit der Hegemonie des Proletariats in dieser Revolution wurde - aufgrund der Erfahrungen im Iran, China und anderen Ländern, in denen sich ebenfalls gezeigt hatte, daß die Bourgeoisie außerstande ist, eine solche Revolution zu führen - ganz klar herausgearbeitet. "Es ist notwendig, daß in der Zukunft die Revolution unter der politischen und organisatorischen Führung des Proletariats stattfindet und sich entwickelt."
Auch in der Frage der nationalen Einheitsfront und ihrer Struktur gab es Klarheit. "Die nationale revolutionäre Partei (gemeint ist die nationale Einheitsfront - d.Verf.) muß Partei der Einheit des Proletariats, der Bauernschaft und des Kleinbürgertums sein. Die organisatorische Grundlage muß derart sein, daß die Kommunistische Partei die Führung innehat."

Daß die neudemokratische Revolution nur durch die revolutionäre Gewaltanwendung zum Sieg geführt werden kann, darüber herrschten keine Zweifel. "Sämtliche Kämpfe des Proletariats und der Bauernschaft für ihre Interessen gegen das absolutistische Regime und die grausame Ausbeutung sind immer mit Verfolgung und harter Unterdrückung seitens Reza Khan erwidert worden. Diese Unterdrückungsmaßnahmen müssen die letzten Hoffnungen auf eine friedliche Entwicklung der Klassenkämpfe im Iran endgültig zu Grabe getragen haben." (Alle Zitate aus den Beschlüssen des II.Kongresses.)

Die Partei hatte also zu allen wesentlichen Fragen der Durchführung der neudemokratischen Revolution richtige Positionen entwickelt. Zu geringe Festigkeit führte aber dazu, daß die Partei keine richtige Politik bei der Durchführung der Beschlüsse des II. Kongresses verfolgen konnte, um die Revolution zum Sieg zu führen. Unrichtige Politik, einseitige Aufmerksamkeit auf die Kämpfe in den Städten und zu geringe Beschäftigung mit den Problemen der Bauern und des Dorfes als Stütze der Revolution führten trotz des Vorhandenseins siegreicher Erfahrungen des Herbsternteaufstandes in China unter Mao Tse Tung dazu, daß die Partei sich von den Massen trennte und den Schlägen der Diktatur Reza Khans keinen ernsten Widerstand leisten konnte und nach und nach zerschlagen wurde. Auch die Versuche des hervorragenden Kommunisten Dr.Arrani (Dr.Arrani kehrte nach 8-jährigem Studium in Berlin in den Iran zurück und begann seine revolutionäre Tätigkeit 1932 und gründete 1934 einen kommunistischen Zirkel. 1937 wurde er verhaftet und seine Gruppe zerschlagen. 1939 starb er im Gefängnis an einer von seinen Gefängnisaufsehern absichtlich verursachten Typhuserkrankung), die Parteiorganisationen zu reorganisieren, waren nicht erfolgreich und wurden von der Reza Khan Diktatur verhindert.

4. DIE ENTSTEHUNG UND POLITIK DER TUDEH-PARTEI

Mit dem Beginn des II.Weltkrieges und der Aggression der Hitler-Faschisten wurde die Frage des antifaschistischen Kampfes und die Gründung einer breiten antifaschistischen Einheitsfront zu der wichtigsten Frage der Weltrevolution. Einerseits standen der Schutz und die Festigung des sozialistischen Vaterlandes des Weltproletariats, der Sowjetunion, und andererseits der Kampf gegen die faschistische Aggression auf



1954: Das Denkmal Schah Reza Pahlewis, Vater des heutigen Schah von Persien, stürzt von seinem Sockel.

der Tagesordnung. Das iranische Proletariat stand in der ersten Reihe des antifaschistischen Kampfes und gab viele Opfer.

Seit 1935 begannen sich die wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland zu entwickeln, 1939 waren 40% der iranischen Importe aus Deutschland, während zur gleichen Zeit mehr als 7.000 deutsche Sachverständige und Spione im Iran tätig waren. Reza Khan, selbst Militarist und wütender Antikommunist, gab den Deutschen dabei die Möglichkeit, ungestört ihre faschistische Ideologie zu verbreiten. Dadurch bekam das faschistische Deutschland großen Einfluß und Reza herrschte unter dem Schutz des Hitler-Faschismus, der Kampf der iranischen Völker gegen Reza war daher unmittelbar auch ein Kampf gegen Hitler-Deutschland.
Durch den Einmarsch der alliierten Truppen im Iran wurde das Diktaturregime Rezas, der 20 Jahre lang die iranischen Völker mit seinen Kosakenstiefeln erbarmungslos unterdrückt hatte, gestürzt. Die ganze Macht der Reza Schah-Regierung stürzte wie ein Kartenhaus zusammen und es begann eine neue Periode im Kampf der iranischen Arbeiterklasse. Der Sieg der roten Armee, der Sieg des Sozialismus über den Faschismus und der Sturz der 20jährigen Diktatur Rezas waren die Situation, in der die Tudeh-Partei gegründet wurde.

Trotz dieser günstigen objektiven Bedingungen ist es nicht gelungen, die iranische Revolution voranzutreiben. Denn obwohl die Tudeh-Partei sich als Nachfolgerin der KP und ihrer revolutionären Tradition ausgab, war sie von Anfang an ein reformistisches Sammelbecken, aber nie die Partei des Proletariats. So heißt es im § I der Beschlüsse des ersten und zweiten Kongresses der Tudeh-Partei: "Die iranische Tudeh-Partei ist die Partei der unterdrückten Klasse, das heißt, der Arbeiter, der Bauernschaft, der patriotischen Intellektuellen und der Handwerker.".

Die Tudeh-Partei hatte keine Theorie die der Revolution den Weg hätte weisen können. Der Versuch der proletarischen Elemente in der Partei, die proletarische Ideologie als herrschende durchzusetzen, hatte kein Ergebnis gebracht und die Partei behielt ihren Charakter als Sammelbewegung. Lenin hat im Jahre 1902 in der Zusammenfassung seiner revolutionären Erfahrungen geschrieben: "Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben" (LW 5, S 379) und: "daß die Rolle des Vorkämpfers nur eine Partei erfüllen kann, die von einer fortgeschrittenen Theorie geleitet wird" (LW 5, S 380), sowie Jahre später im "Linken Radikalismus": "Einerseits ist der Bolschewismus im Jahre 1903 auf der festen Grundlage der marxistischen Theorie entstanden. Daß aber diese - und nur diese - revolutionäre Theorie richtig ist, haben nicht nur die internationalen Erfahrungen des 19.Jahrhunderts, sondern insbesondere auch die Erfahrungen mit den Irrungen und Wirrungen, mit den Fehlern und Enttäuschungen des revolutionären Denkens in Rußland bewiesen." (LAW, 568)
Die Tudeh-Partei hat daraus allerdings nicht die Konsequenz gezogen, sie hat den Marxismus, den Marxismus-Leninismus sich nicht als revolutionäre Theorie zu eigen gemacht. Erst nach dem Putsch 1953 hat die Tudeh-Partei auf ihrem 7.Plenum 1960, d.h. 19 Jahre nach ihrer Gründung, sich als marxistisch-leninistische Partei deklariert. Aber ihre weitere Praxis hat gezeigt, daß sie den Klassenkampf des Proletariats nicht führen konnte und daß sie deswegen auch nicht die Partei des Proletariats werden konnte. Die Tudeh-Partei hat niemals eine proletarische Politik verfolgt, sie hat auch nicht die Bedeutung der nationalen Einheitsfront in der national-demokratischen Revolution begriffen. Ihre Auffassung von der Gründung und Schaffung der Einheitsfront als notwendige Voraussetzung für die Durchführung und siegreichen Beendigung der neudemokratischen Revolution war geprägt durch den Kompromiß mit den Vertretern der nationalen Bourgeoisie und der Kleinbourgeoisie. Sie hat weder die Notwendigkeit der Führung durch das Proletariat durchzusetzen vermocht, noch die notwendige Einheit des Proletariats mit der Bauernschaft als unabdingbare Voraussetzung für den Aufbau einer Einheitsfront beachtet, wodurch die Arbeiterklasse schon von Beginn an die Führung in der Einheitsfront nicht übernehmen konnte. Die Tudeh-Partei

glaubte eigentlich nicht an die Revolution und konnte infolgedessen Strategie und Taktik der Revolution nicht bestimmen. Ihre "Linke" und rechte Politik gegenüber den Vertretern der nationalen Bourgeoisie - der "Nationalen Front" (von Mossadegh gegründet) - hat der antiimperialistischen und antifeudalen Bewegung großen Schaden zugefügt und sie in die Sackgasse geführt. Der wichtigste "linke" Fehler bestand darin, daß die Führer der Tudeh-Partei Mossadegh, der als nationale Persönlichkeit im Parlament Führer der nationalen Bourgeoisie war, zunächst als Spion des Imperialismus bezeichneten. In der Zeit nach dem Sturz der Reza-Khan-Diktatur, in der die Frage der Verstaatlichung der Ölindustrie zur zentralen Forderung aller demokratischen und antiimperialistischen Kräfte geworden war, hat sich die Tudeh-Partei gegen die Forderung nach der Verstaatlichung der ganzen Ölindustrie, die in englischem Besitz war, gewandt (1949) und war nur für die Verstaatlichung im Süden eingetreten. Die Folge davon war ihre Isolierung von den Massen und daß Mossadegh sich an die Spitze der demokratischen Bewegung stellen konnte, indem er für die Verstaatlichung eintrat.

Ein Ausdruck der rechten Politik war die Haltung der Partei beim CIA-Putsch im Jahr 1953, der den jetzigen Schah an die Macht brachte und die Verstaatlichung der Ölindustrie erfolgreich verhinderte. Bereits ein Jahr vor dem Putsch wußte die Führung der Partei von der konterrevolutionären Verschwörung gegen Mossadegh. Die Mobilisierung zur Zerschlagung des geplanten Putsches, wie sie von den Mitgliedern nachdrücklich gefordert wurde, wurde von der Parteiführung aber nicht ernstlich verfolgt und die Partei war auf den Putsch nicht wirklich vorbereitet. Und das, obwohl ihre Offiziersorganisation in der Armee großen Einfluß und wichtige Positionen inne hatte. Nach dem mißglückten ersten CIA-Putsch war die Führung der Partei so verwirrt, daß sie mit dem drei Tage später erfolgten zweiten Versuch nicht mehr rechnete. Sie verlangte von Mossadegh, den Putsch niederzuschlagen, anstatt die Massen zu mobilisieren und auf diese Weise Mossadegh und die nationale Bourgeoisie in den Kampf einzubeziehen. Als keine Antwort kam, konnte sie nur mehr zusehen, wie der Putsch erfolgreich durchgeführt wurde. Die Führung, die den Widerstand von Seiten der nationalen Bourgeoisie erwartet hatte, ging nach dem erfolgten Putsch bis an die Grenzen der Kapitulation, während einfache Parteimitglieder Widerstand leisteten und ihr Leben opferten. Anstatt eine Volksarmee aufzubauen und zur Durchführung eines Volkskrieges, als den notwendigen Weg für die siegreiche Revolution zu schreiten, in einer Zeit, in der die Massen zum Kampf drängten, verfiel die Partei dem Sumpf der Legalität, und kleinbürgerlicher Parlamentarismus wurde zur Leitlinie ihrer Politik.

5. DIE TOUDEH-PARTEI WAR UND IST KEINE PROLETARISCHE PARTEI

Die Toudeh-Partei hat niemals die Frage der Hegemonie des Proletariats gestellt, sie war immer ein Anhängsel der demokratischen Bewegung. Die Partei des Proletariats ist die politische und ideologische Vorhut der Arbeiterklasse, deren revolutionäres Hauptquartier. Das organisatorische Fundament ist der demokratische Zentralismus und der ideologische Aufbau erfolgt nach den Leninschen Prinzipien, nämlich Kritik und Selbstkritik und enge Verbindung mit den Massen. Der ideologische Aufbau festigt sich in der Einheit von Theorie und Praxis. Die Toudeh-Partei war niemals eine Organisation, die auf der Basis des demokratischen Zentralismus aufgebaut worden war. Fraktionismus war ihr organisatorisches Hauptmerkmal. Das Fehlen der Demokratie in der Partei und die patriarchalische Behandlung der Parteimitglieder durch die Führung verhinderten, daß diese die Politik der Partei mitentwickeln konnten, andererseits zerstörten Zwietracht, private Konflikte innerhalb der Führung den Zentralismus bzw. negierten ihn überhaupt. Der Maßstab für eine Partei Lenin'schen Typs ist, ob sich die Partei vom ML leiten läßt, welche Politik sie betreibt und welche Organisationsform sie besitzt. Kann eine Partei, die die proletarische Ideologie nicht

angenommen hat, keine proletarische Politik verfolgte, nicht Kritik und Selbstkritik übte, den demokratischen Zentralismus nicht anwandte und mit den Massen nicht verbunden war, kann man eine solche Partei kommunistisch nennen? Natürlich nicht!

6. NACH DEM PUTSCH

Nach dem Putsch 1953 als Reaktion auf den Aufschwung der revolutionären Bewegung und nach der Errichtung des Bajonettenregimes von Mohamed Reza Schah Pahlevi wurde die Organisation der Toudeh-Partei im Zuge des allseitigen Angriffs auf alle fortschrittlichen Organisationen zerschlagen.

7. EIN NEUER AUFSCHWUNG DER MASSENBEWEGUNG

Nach der Spaltung der internationalen kommunistischen Weltbewegung zwischen dem ML und den Mao Tsetungideen und dem modernen Revisionismus mit Chruschtschow an der Spitze, stellte sich das ZK der Partei, das im Ausland saß (und auch jetzt noch in der DDR ist) und den Klassenkämpfen im Iran völlig entfremdet war, an die Seite der Chruschtschowrevisionisten. Mit dem Beginn der Polemik in der kommunistischen Weltbewegung begann gleichzeitig sowohl im Inland als auch im Ausland eine neue Bewegung der iranischen ML, die sich an der korrekten Linie der KP Chinas unter Mao Tsetung orientierten. Diejenigen, die dem ML treu ergeben waren, brachen mit der Toudeh-Partei und machten mit der Kritik am Revisionismus der Partei den ersten Schritt für die Gründung einer kommunistischen Partei.
Man kann diese neue Bewegung ein 3.Stadium in der kommunistischen Bewegung des Iran nennen. Welche Probleme stellten sich der wiedererstarkten kommunistischen Bewegung Irans und unter welchen politischen und ökonomischen Bedingungen entfaltete sie sich?

Mit Ende des 2. Weltkrieges hatte der US-Imperialismus die Nachfolge der anderen Imperialisten in Iran angetreten. Nach dem CIA-Putsch 1953, dem die nationalistische Mossadegh-Regierung zum Opfer fiel, dauerte es einige Jahre bis die revolutionäre Bewegung anfangs der 60er Jahre wieder einen Aufschwung nahm.

Der Beginn der neuen Volksbewegung war der Ausdruck der allgemeinen Krise des Schah-Regimes. Der Staatshaushalt des Landes war bankrott und das Regime mußte aus Mangel an Geldmitteln vor allem von den USA Kredite aufnehmen. Die ökonomische Politik der "offenen Tür" gegenüber dem ausländischen Kapital ruinierte die schwache einheimische Industrie. Waren die Importe des Iran 1953 noch geringer als die Exporte, so betrugen sie 1960 bereits das 7-fache der Ausfuhr. Die Verschärfung der Krise der landwirtschaftlichen Produktion und die Abwanderung der Bauern in die Städte, die inflationären Preissteigerungen und die rapide Zunahme der Arbeitslosigkeit, all das verschärfte die allgemeine Krise.

Die Entwicklung der antiimperialistischen Kämpfe in Asien, Afrika und Lateinamerika, der Sieg der Revolution im Norden Vietnams und der neuerliche Beginn der revolutionären Bewegung im Süden, die Revolution in Algerien und Kuba, der Sturz der reaktionären Regierung in der Türkei und der Putsch von Kassem im Irak und dessen teilweise radikale Bodenreformen wirkten auf die antiimperialistische Bewegung im Iran befruchtend. Das Auftreten all dieser Veränderungen bewirkte in der Strategie des amerikanischen Imperialismus zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft in diesen Gebieten, die mit der Revolution schwanger gingen, daß eine Reihe von Reformen in den unentwickelt gehaltenen Ländern durchzuführen, um die Revolution einzudämmen - sog. Friedensstrategie von Kennedy, die Verfolgung der Politik "Allianz des Fortschritts", deren Hauptziel die "Lösung" der Bodenreform war, ohne die alten Eigentumsverhältnisse anzutasten.

8. DIE REFORMEN IM IRAN

Die McArthur-Maßnahme in Japan, die Methode der Reform auf den Philippinen, die Bodenreform in Mexico und in der Türkei und schließlich im Iran selbst, alle gehören zu diesen strategischen Maßnahmen des Imperialismus gegen die Revolution. Die allgemeine Massenbewegung der iranischen Völker, die in

den Jahren 60/61 eingesetzt hatte, konnte auf Grund des Fehlens einer führenden politischen Organisation den Charakter dieser Maßnahmen nicht durchschauen und ließ sich von der Reform blenden. Nur im Jahre 1963 gab es einen Massenaufstand, den "15.Khordad-Aufstand", der aber im Großen und Ganzen religiös -stimmt war. Dennoch war er der erste Ausdruck dafür, daß der Glanz der Reform verblaßte. Dieser Aufstand war der größte nach dem Putsch. Von Polizei und Heer blutig niedergeschlagen kostete er mehr als 4000 Opfer und begrub gleichzeitig die letzten Hoffnungen derjenigen, die sich hauptsächlich auf den Kampf in den Städten und den parlamentarischen Weg konzentriert hatten.

Da die Durchführung der Bodenreform im Iran unter den Revolutionären Meinungsverschiedenheiten hervorbrachte, mußte die Rolle der Bauern und Dörfer in der neudemokratischen Revolution, mußte die durchgeführte Reform und die Änderungen, die sie in den ökonomischen Strukturen der Dörfer hervorbrachte, untersucht werden, weil sie die entscheidende Frage der iranischen Revolution ist. In einem Land wie Iran mit seiner halbkolonialen und halbfeudalen Struktur kann die Durchführung der neudemokratischen Revolution ohne genügende Aufmerksamkeit gegenüber den Bauern nicht durchgeführt werden. Das Industrieproletariat muß in der Revolution, wenn sie siegreich sein soll, die Führung haben, zahlenmäßig gesehen sind aber die Millionenmassen der Bauern, die unter der feudalen und kapitalistischen Unterjochung leiden, die Hauptkraft. Auf Grund der sozialökonomischen Struktur der Gesellschaft ist der Inhalt der neudemokratischen Revolution die Durchführung der Agrarrevolution, d.h. die völlige Beseitigung der feudalen Strukturen im Dorf durch die Bauernmassen mit Hilfe des Proletariats. Nur mit der Durchführung der siegreichen Agrarrevolution kann eine grundlegende Demokratisierung im gesellschaftlichen Leben erreicht werden und das Proletariat nach der Etappe der neudemokratischen Revolution auf dem Weg zum Sozialismus voranschreiten. Ohne Agrarrevolution kann der Imperialismus, der seine soziale Stütze gerade im Feudaladel, der Kompradorenbourgeoisie und der bürokratischen Kapitalisten hat und durch sie seine ökonomische und politische Herrschaft ausübt, nicht vertrieben werden. Außer einen kleinen wohlhabenden Schicht besteht die Mehrheit der Bauern aus armen Bauern, Halbproletariern und Dorf-Proletariern, die nicht nur mit aller Kraft an der neudemokratischen Revolution teilnehmen, weil in ihr ihre ureigensten Interessen zum Ausdruck kommen, sondern nach deren Durchführung auch für den Weg des Aufbaus des Sozialismus leicht zu gewinnen sind, die Bauern sind es daher, die vom Proletariat geführt, die wichtigste Kraft der Revolution darstellen.

In der neudemokratischen Revolution findet zwischen Proletariat und nationaler Bourgeoisie ein Kampf um die Hegemonie in der Revolution statt. Wenn das Proletariat, das von einer revolutionären Partei geführt wird, an der Spitze der Revolution steht, kann eine kapitalistische Entwicklung vermieden und anschließend die sozialistische Revolution durchgeführt werden. Um sich die Hegemonie in der Revolution zu sichern, muß die Arbeiterklasse in der nationalen Einheitsfront, die aus allen Klassen besteht, die bereit sind gegen den Kapitalismus zu kämpfen - Proletariat, Bauern, Kleinbürger, Nationale Bourgeoisie - die Führung haben. Die Basis der nationalen Einheitsfront und notwendige Bedingung für die tatsächliche Erreichung der Hegemonie, ist das feste Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft. Nur wenn es gelingt, dieses Bündnis herzustellen, kann das Proletariat die Hegemonie über die Bourgeoisie ausüben und sie zwingen, an der neudemokratischen Revolution teilzunehmen.

Die breiten Massen der Bauernschaft sind auch die Basis der Volksarmee. Ohne die Mobilisierung der Bauern, die nur durch die Propagierung der Agrarrevolution geschehen kann, kann die Arbeiterklasse die Volksarmee nicht aufbauen, die Voraussetzung für den Kampf gegen die konterrevolutionären Regierungstruppen ist. Die Dörfer sind daher in halbkolonialen und halbfeudalen Ländern strategisch gesehen die Gebiete, wo rote Stützpunkte gebildet werden können und von wo aus sich die Revolution auszudehnen vermag. Sie sind das sichere Hinterland der Revolution und nur durch genügende Aufmerksamkeit und durch die richtige Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen, die die Durch-

führung einer neudemokratischen Revolution erfordern, kann das Proletariat seine historische Mission erfüllen.

Die Aufgabe der iranischen Kommunisten ist es daher, zu untersuchen, ob die Änderungen, die durch die Bodenreform im Dorf hervorgerufen wurden, diese allgemein gültigen Gesetze der neudemokratischen Revolution außer Kraft gesetzt haben und eine andere Strategie und Taktik als die der neudemokratischen Revolution erfordern.

Eine kurze Untersuchung der "weißen Reform" muß uns die Antwort bringen. Allerdings ist bis jetzt eine allgemeine marxistisch-leninistische Analyse über die Verhältnisse im Dorf noch nicht geleistet worden, weshalb wir uns v.a auf die gegebenen Daten und Statistiken des herrschenden Regimes stützen müssen. Nach den vorliegenden Regie ungsstatistiken ist seit dem Beginn der sog. Bodenverteilung von 1961-71 folgendes Bild ersichtlich:
Die Zahl der iranischen Dörfer beträgt 54480, von denen an die 20 000 im Besitz von Großgrundbesitzern sind. Diese Zahlen zeigen aber nicht die wirkliche Situation auf, denn nicht wenige Großgrundbesitzer haben in Zusammenarbeit mit den Regierungsbeamten nicht die wirkliche Zahl ihrer Dörfer angegeben. Außerdem wurde auf Befehl des Schah bei drei beieinander liegenden Dörfern jeweils nur eines gezählt. Deswegen scheint gemessen an der Zahl der Dörfer, der Besitz der Großgrundbesitzer, die ganze Dörfer ihr Eigen nennen, relativ gering.
Die Gesamtzahl der Bauernfamilien, die durchschnittlich aus fünf Personen besteht, beträgt mehr als 3 Millionen.
Im ersten Stadium der Bodenreform wurden nach den Angaben der Zeitschrift "Ökonomische Forschungen der Teheraner Universität" insgesamt 11 433 Dörfer, 21% aller Dörfer, an 761 931 Bauernfamilien verkauft. Im 2. Stadium haben an die 156 000 Bauernfamilien aufgrund ihres Besitzes an Land, Wasser, Vieh, Samen und Arbeitskraft und an die 57 000 Bauernfamilien durch Kauf unabhängig von diesen 5 Elementen Land erworben (Die 5 Elemente geben Folgendes an: besitzt der Bauer z.B. Land und Arbeitskraft, muß aber vom Grundherrn Vieh, Samen und Wasser leihen, um produzieren zu können, so erhält er nur 2/5 der Ernte. Der Kauf des Landes durch die Bauern auf der Basis des Anteils an diesen Elementen bedeutet nur, daß der Bauer 2/5 des Landes kaufen kann). Daneben Haben die Grundeigentümer an I 222 261 Bauern Land auf 3o Jahre verpachtet. Nach der Vollendung des ersten Stadiums blieben noch 64% vom gesamtbebauten Land der Dörfer in den Händen der Grundeidentümer. In der ersten Periode des 2. Stadiums haben an die 57 ooo Bauernfamilien durch gewerblichen Bodenkauf Land erhalten und an die 156 ooo aufgrund des Besitzes der 5 Elemente, Land kaufen können, wie bereits oben ausgeführt wurde.
In der 2. Periode des 2. Stadiums hat die große Mehrheit der Großgrundbesitzer Land überhaupt nur mehr auf Basis der 5 Elemente verkauft, wodurch die Grundeigentümer, die klarerweise immer im Besitz der Mehrzahl der 5 Elemente sind, ihr Land im wesentlichen behalten konnten.
Zur Illustration: der Schah vermachte die ihm verbliebenen 1ooo Dörfer seinem Sohn.

Wenn wir also den Besitzwechsel des Landes betrachten, so sehen wir, daß nach der obigen Zeitschrift, immer noch mehr als 5o% des gesamten bebauten Landes in den Händen der Großgrundbesitzer verblieben.
Neben den quantitativen Änderungen der Landverteilung sind bei den qualitativen Änderungen, die sich durch die Reformmasnahmen ergeben haben, folgende Tendenzen sichtbar: Einmal die Tendenz zur mechanisierten Plantagenwirtschaft, sowie die zur Kleinbauernwirtschaft.
Bei der Plantagenwirtschaft wird der Ernteanteil der auf den Plantagen Arbeitenden nicht mehr nach ihrem Besitz an den 5 Elementen bemessen. Die Arbeter werden aufgrund ihrer Arbeit in Naturalien oder Geld ausgezahlt.
Das ganze den Arbeitern vorenthaltene Produkt gehört dem Grundherrn; Marx nannte dieses System Plantagenwirtschaft, eine Wirtschaftsform, die von der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft noch zu unterscheiden ist. Die Vorbedingung der kap. Wirtschaft auf dem Lande ist die Trennung des in der Landwirtschaft eingesezten Kapitals vom Grundeigentum, infolgedessen die Trennung von Profit und Rente, eine Bedingung, die in der Plan-

tagenwirtschaft noch nicht vorliegt. Marx schreibt dazu: ..."die Gutswirtschaft worin der Grundeigentümer die Bebauung für eigene Rechnung betreibt, die sämtlichen Produktionsinstrumente besitzt und die Arbeit, sei es freier, sei es unfreier, mit Naturallieferung oder mit Geld bezahlter Knechte ausbeutet, brauchen wir hier nicht näher einzugehen. Grundeigentümer und Eigentümer der Produktionsinstrumente, daher auch direkter Exploiteur der unter diese Produktionselemente zählende Arbeiter, fallen hier zusammen. Ebenso fallen Profit und Rente zusammen, es findet keine Trennung der verschiedenen Formen des Mehrwerts statt. Die ganze Mehrarbeit der Arbeiter die sich hier im Mehrprodukt darstellt, wird ihnenen direkt vom Eigentümer sämtlicher Produktionsinstrumente, zu denen der Boden und in der ursprünglichen Form der Sklaverei die unmittelbaren Produzenten selbst zählen, extrahiert (Marx, Kapital III, 812).

9. ZUM WACHSTUM DER KLEINBAUERNWIRTSCHAFT

Der Verkauf von Boden, soweit er durchgeführt wurde, hat zu einem verhältnismäßigen Wachstum der Kleinbauernwirtschaft geführt. Es ist aber nicht richtigdiese KleinbauernwirtschaFT mit kapitalistischer Landwirtschaft gleichzusetzen. Stalin bemerkte dazu:"Karl Marx hat schon im Band III des "Kapitals" gesagt, daß der Feudalwirtschaft in der Geschichte zunächst die kleinbürgerliche Landwirtschaft folgte und erst danach sich die großkapitalistische Wirtschaft entwickelte - es gab keinen unmittelbaren Sprung von der einen zu der anderen, und es konnte ihn auch nicht geben" (Stalin, Werke I, 196). Es kann auch in diesem Bereich keine Rede von einer Herrschaft kapitalistischer Produktionsverhältnisse sein.Fast 40% der Dorfbewohner des Iran setzen sich aus Bauern zusammen, die im Laufe der Reform kein Land erhalten haben.Es sind das jene Bauern,die meist ihren Boden schon vorher verloren hatten und angesichts des Wachstums der Bevölkerung in den Dörfern und mangels Beschäftigung in den Städten als Zufallsarbeiter dahin vegitieren. Obwohl diese Schicht nicht homogen ist und aus Landarbeitern, Handwerkern,landlosen Bauern etc. besteht, sind sie aufgrund ihrer sich ständig verschlechternden ökonomischen Lage die engsten Verbündeten des Proletariats.

Die landbesitzenden kleinen und mittleren Bauern müssen nach wie vor unter dem Joch feudaler und halbfeudaler Abhängigkeitsbande leben. Dies zeigt sich daran, daß die Großgrundbesitzer nach wie vor im Besitz des Großteils der 5 Elemente, v.a. Wasser und Zugvieh sind, was ihnen jeweils einen entsprechenden Anteil an der Ernte der "freien" Bauern sichert. Durch den Kauf von Landparzellen haben sich die meisten Bauern schwer verschuldet, wodurch sie jetzt auch noch verstärkt vom Wucherkapital ausgesaugt werden können.

Ein Merkmal der zurückgebliebenen landwirtschaftlichen Produktionsweise ist die niedrige organische Zusammensetzung des Kapitals. Für diese niedrige organische Zusammensetzung - in der kapitalistischen Wirtschaft das Verhältnis des konstanten Kapitals (Ausgaben für Produktionsmittel und Rohstoffe)zum variablen (Ausgaben für die Arbeitskraft) - werden in der oben angeführten Zeitschrift 5 Dörfer als Beispiel angegeben. In diesen 5 Dörfern als allgemeiner Durchschnitt entfallen im Durchschnitt 13%,10%,35%,13%, und 7% der umgesetzten Geldmittel auf die Produktionsmittel.Der Stand ist damit geringer als er in China vor der Revolution war.

Damit verbunden ist die extreme Rückständigkeit des iranischen Dorfes. Die niedrige Arbeitsproduktivität am Lande ist ein Hauptmerkmal der halbkolonialen, halbfeudalen Gesselschaft. Das rechnerische Mehrprodukt, das ist der Teil des Produkts, der überbleibt nach Abzug der zur Fortsetzung des bisherigen Lebens ihrer Familien notwendigen Teils (incl. bestimmte minimale Investitionen, Aufrecherhaltung des Bestandes an Land etc.), ist bei der Masse der Bauern gering. Das ist aber nicht gleichzusetzen mit einer nied-

rigen Ausbeutungsrate. Unter feudalen oder halbfeudalen Verhältnissen führt dies im Gegenteil dazu, daß die Grundherrn und die Verwaltung sowie ihr Schwanz von Wucherern und Händlern auch noch einen Teil des notwendigen Produkts an sich raffen.
Folgende Zusammenfassung der Analyse, die die diversen Genossen über Chinas halbfeudale und halbkoloniale Wirtschaft anstellten, trifft auch auf die persischen Verhältnisse zu : "... niedrige landwirtschaftliche Produktivität daher wenig Mehrarbeit, dafür aber ein sehr hoher Grad der Ausbeutung der Bauern durch die Grundbesitzer. Auf diese Weise stehlen die Ausbeuter nicht nur die gesamte Mehrarbeit, sondern auch einen Teil der notwendigen Arbeit.
Es handelt sich hier nicht um kapitalistische Grundrente mit überdurchschnittlicher Profitrate, sondern um die umbarmherzige und barbarische feudale Grundrente..... Dieses spezifische Ausbeutungsverhältnis hat die gesamte gesellschaftliche Produktion in China (Landwirtschaft und Industrie) in ihrer Weiterentwicklung gehemmt - so blieb seine Ökonomik im besten Falle auf der Stufe einfacher Reproduktion stehen. Die Bauern werden unmenschlich geschröpft und können sich gerade noch in ihrer nackten Existenz durchschlagen.
(Chen PO-Ta, aus Klassenanalyse und Partei in China - Eine Studie über die Grundrente im alten China" p. 23f.)

Die feudalen Verhältnisse blieben aber nicht nur in den Produktionsverhältnissen weiter bestehen, auch im Überbau in Politik und Kultur setzt sich die alte Tradition fort.

Der Überbau in seiner gegebenen Form ist ein bedeutender Faktor dafür,daß Änderungen der Großgrundbesitzer sich nicht durchsetzen können.In wessen Interesse herrscht also die politische Macht im Iran? Nach den Gesetzmässigkeiten der halbfeudalen und halbkolonialen Gesellschaften ist sie die Macht der Feudalherren und Kompradorenbourgeoisie und handelt sie im Interesse der Imperialisten. Vom Schah bis zum Premierminister und den Ministern, vom kaiserlichen Hof bis zu den Armeeführern sind sie einerseits mit der Kompradorenbourgeoisie und dem imperialistischen Kapital verbunden. Die alten Traditionen und Bräuche, die patriarchalischen Verhältnisse, der religiöse Fanatismus helfen die Herrschaft des Feudalismus im Dorf sichern. Das persische Regime hält die Bauernschaft mit Gewalt in der Finsternis des Mittelalters.

Nach all dem Gesagten wird ist es offensichtlich,daß das iranische Dorf eine wirkliche Revolution braucht,die die Bauernfrage grundsätzlich löst und mit der Beseitigung der halbfeudalen Verhältnisse eine demokratische Ordnung im iranischen Dorf herstellt. Der iranische Feudalismus ist der engste Verbündete des Imperialismus und ein wichtiger Stützpunkt seiner Herrschaft.Der Imperialismus ist demgegenüber der Beschützer der noch vorherrschenden feudalen Verhältnisse auf dem Land. Deshalb ist die völlige Vertreibung des Imperialismus ohne völlige Beseitigung des Feudalismus sowohl ökonomisch als auch politisch, also ohne die neudemokratische Revolution unter der Führung der Arbeiterklasse unmöglich.

Die durchgeführten Reformen konnten die Widersprüche der iranischen Gesellschaft nicht nur nicht entschärfen, sondern nach kurzer Zeit und mit Beginn der neuen Krise, mit der das iranische Regime sich jetzt konfrontiert sieht,traten diese Widersprüche immer schärfer hervor.
Die Reformen haben aber unter den revolutionären Kämpfern im Iran einige Meinungsverschiedenheiten hervorgebracht - es gibt noch keine richtige Analyse der nach der Reform eingetretenen komplexen Verhältnisse.Der Aufschwung der spontanen Massenbewegung und ihr beständiges Wachstum lassen diesen Mangel sowie das Fehlen einer kommunistischen Partei immer deutlicher werden. Aber die iranischen Marxisten - Leninisten werden, indem sie diese Kämpfe weitertreiben,diese Mängel sicher beheben, die kommunistische Partei aufbauen und siegreich die neudemokratische Revolution durchführen.



tunist, ein inkonsequenter Arbeitervertreter, ein "Bürokrat", der die Arbeiter ausnützt, um sich sich selber Vorteile zu verschaffen. Kein Wort darüber, das die Gewerkschaft heute nicht in der Hand irgendweicher obskurer "Bürokraten" ist, sondern in der Hand der Bourgeoisie. Kein Wort darüber, daß nicht "Zwingt die Bonzen!" (denn auf diese alte opportunistische Formel läuft die ganze Gewerkschaftstaktik der GRM hinaus) das Ziel im Kampf um die Gewerkschaft angibt, sondern die Säuberung der Gewerkschaft von Bourgeois und Klassenversöhnlern. "Die Gewerkschaft aus einem Instrument der Bürokraten zum Kampfinstrument der Arbeiterklasse machen!" sagen die Trotzkisten. "Entreißen wir die Gewerkschaften der Bourgeoisie, dren Instrument sie heute ist" sagen wir. "Arbeiterdemokratie im ÖGB" fassen die Trotzkisten ihre opportunistische Politik zusammen. Es ist klar, daß die trotzkistische Politik zur Folge hat, daß klassenbewußte Arbeiter, die sich von der Sozialdemokratie lösen, auf halbem Weg aufgehalten werden. Daß diese schädliche Politik den noch ohne klares Bewußtsein geäußerten Unmut gegen"die da oben" aufnimmt, aber nicht weitertreibt, sondern im Gegenteil in der noch falschen Form festhält. Damit zerren die TRotzkisten den Klassenkampf zurück, repräsentieren sie objektiv nur eine andere Spielart des bürgerlichen Einflusses, eine andere Spielart, die ARbeiterbewegung doch noch vom Weg der Revolution abzuhalten, Illusionen über die Sozialdemokratie zu erhalten, den Kampf irrezuleiten. Die Haltung der GRM zur Sozialdemokratie und zur Gewerkschaft, die ganzen Perspektiven des gewerkschaftlichen Kampfes, wie sie sich die Trotzkisten vorstellen, stehen in Gegensatz zu den Parolen des Klassenkampfes, unter denen die Demonstration stand. Es handelt sich nicht um"verschiedene Strömungen innerhalb der revolutionären Linken", sondern darum, daß die eine "Strömung", die Kommunisten, den gewerkschaftlichen Kampf unter der Perspektive des Sozialismus vorantreibt, während die andere Strömung ihn hemmt und unter der Losung "Arbeiterdemokratie im ÖGB" ihre opportunistische Politik verbreitet.

Unter diesen Bedingungen haben wir jede Aktionseinheit zum 1.Mai mit den GRM-Trotzkisten abgelehnt.

Dennoch haben Trotzkisten, FÖJ-Revisionisten und andere - ohne und gegen unseren ausdrücklichen Willen - ihre Anhänger aufgerufen, sich der vom KB organisierten Demonstration anzuschliessen. Sie haben versucht, dennoch eine Aktionseinheit unter der Hand herzustellen, die Demonstration dennoch zu einer "gemeinsamen Aktion" der ganzen "revolutionären Linken"(wie sie das nennen) umzufunktionieren. Sie haben versucht, ihre schädlichen Losungen und ihre trotzkistische Propaganda in die Demonstration zu tragen und ihren klassenkämpferischen Charakter abzuschwächen.

Sie sind kläglich gescheitert.

Sie konnten weder Einfluß auf das Bild des Demonstrationszuges gewinnen, noch an seinem klassenkämpferischen,revolutionären Charakter etwas ändern.

VORWÄRTS IM KAMPF UM DIE EINHEIT DER ARBEITERKLASSE, VORWÄRTS IM KAMPF UM DEN SOZIALISMUS

Der diesjährige 1.Mai war ein Schritt vorwärts zur Erfüllung der Aufgaben, vor denen die österreichische Arbeiterklasse steht: Sich von der Fesselung an die Bourgecisie zu lösen,eine einheitliche Kampffront herauszubilden und sich der Bourgeoisie gegenüberzustellen. Der diesjährige 1.Mai war ein Schritt vorwärts bei der Aufgabe, die sich den österreichischen Kommunisten stellt: Der Politik der Bourgeoisie eine proletarische Klassenpolitik ent-

gegenzustellen, die klassenbewußten Arbeiter politisch zusammenzufassen und eine neue kommunistische Partei aufzubauen. Er war ein Schritt vorwärts zur Erfüllung der großen Aufgabe, den 1. Mai wirklich wieder zum Kampftag des klassenbewußten österreichischen Proletariats zu machen.

